

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,00 Mk. wöchentlich, 30 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,00 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Regulierungs-Vorschriften. Unter Streichband für Deutschland und Ostpreußen 2,00 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1894.

S W

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 6. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Befragt für die sechsgeheftenen Anzeigen oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Bekanntmachungen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (zweiwöchentlich festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsveränderungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Anzeigen über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Die deutsche Antwort an Amerika.

Die deutsche Antwort-Note an Amerika, die wir im Anschluß an diese Bemerkungen im Wortlaut wiedergeben, ist am Freitag der Öffentlichkeit übergeben worden. Sie ist in ihrer Tendenz so ausgefallen, wie das nach der Lage der Umstände nicht anders erwartet werden konnte. Das immer von einer gewissen Presse in diesen kritischen Tagen an Aufmunterungen zu einem alle politischen Bedenken rücksichtslos außer acht lassenden Vorgehen versucht worden war — alle verständigen, die Dinge mit gebotener Mäßigkeit und Verantwortungsgefühl betrachtenden Elemente im deutschen Volke waren der Ueberzeugung, daß die verantwortlichen Stellen gar nicht anders handeln konnten, als den Gegnern Deutschlands die Hoffnung auf einen kurzfristig herausbeschworenen Bruch mit Amerika zu bereiten. Denn darüber, daß der Entente gar keine größere Freude hätte bereitet werden können, als wenn die Deutsche Regierung den Ratsschlägen überheblicher Konflikt-politiker gefolgt wäre, besteht unter allen Einsichtigen in Deutschland nicht der geringste Zweifel.

Die Deutsche Regierung hat getan, was alle Gebote der politischen Klugheit erheischten, wenn sie sich zu einem „äußersten Zugeständnis“ entschloß, um das „schwere Verhängnis“ zu verhüten, mit dem eine Ausdehnung und Verlängerung dieses grausamen und blutigen Krieges die gesamte zivilisierte Menschheit bedrohte. Zu dem Zugeständnis, die Beschränkung der Kriegsführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen. Dadurch, daß „Wesung an die deutschen Streitkräfte ergangen ist, in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebietes Rauffahrtsschiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschleben zu versenken, es sei denn, daß sie fliehen oder Widerstand leisten“.

Wir halten dies Zugeständnis für einen Akt politischer Besonnenheit und die Anerkennung eines Gebots der Stunde, das in breitesten Schichten des deutschen Volkes ebenso lebhafter Begegnung begegnen wird, wie in den Kreisen aller wahrhaftigen Neutralen, auf deren Stimmung unendlich viel mehr ankommt, als manche Verfechter der schärfsten militärischen Tonart begreifen und zugeben mögen. Auch verdient hervorgehoben zu werden, daß dies Zugeständnis der deutschen Antwort-Note sich durchaus in den Bahnen der U-Boot-Resolution bewegt, die von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eingebracht worden war.

Auch die Stellen der deutschen Note, die sich auf die Gebote der Menschlichkeit für die Kriegsführung beziehen und die sittliche Pflicht anerkennen, auch den furchtbarsten Krieg dem Geiste der Menschlichkeit anzupassen, bewegen sich völlig im Geiste dessen, was wir stets mit Nachdruck — nicht nur als moralische Pflicht, sondern auch als Gebot weltanschaulicher politischer Klugheit — vertreten haben. Im deutschen Volke nicht nur, sondern auch im Ausland werden die von der Note vertretenen Grundsätze, daß die Deutsche Regierung den „hohen Geboten der Menschlichkeit keine geringere Bedeutung beimißt als die Regierung der Vereinigten Staaten“ und daß es das Ziel der „gemeinschaftlichen Arbeit der beiden Regierungen“ (der amerikanischen und der deutschen) gewesen ist, „an einer von diesen Geboten geleiteten Ausgestaltung des Völkerrechts“ mitzuwirken, „deren Ziel stets die Beschränkung des Land- und Seekriegs auf die bewaffnete Macht der Kriegführenden und die tunlichste Sicherung der Nichtkämpfenden gegen die Grausamkeiten des Krieges“ gewesen sei, den besten Eindruck hervorrufen.

Diese Versicherungen und Zugeständnisse bilden allerdings nur die eine Seite der deutschen Note. Denn auf der anderen Seite spricht diese die Erwartung aus, daß Amerika nun auch seinerseits ungefähr alles tun werde, um auch England resp. die Entente zum Aufgeben der rechtswidrigen Mittel der Kriegsführung zu veranlassen, um, mit einem Wort, „die verbleibende Freiheit der Meere wieder herzustellen“. Die Deutsche Regierung, heißt es in der Note, „zweifelt nicht daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der Großbritanischen Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Kriege allgemein anerkannt waren“. Gelingen das Amerika nicht, „so würde die Deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich volle Freiheit der Entscheidung vorbehalten muß!“

Der deutsch-amerikanische Konflikt darf demnach noch nicht als völlig abgeschlossen betrachtet werden. Dennoch hegen wir

die Zuversicht, daß nach der — wie zu hoffen ist — vorläufigen Schlichtung des Streites zum mindesten soviel Zeit zu kühler und objektiver Erwägung für beide Teile gewonnen ist, daß auch für weitere endgültige Verhandlungen und Verständigungen Zeit und Gelegenheit geschaffen ist.

Wir hoffen das um so mehr, als in der deutschen Note auch eine Stelle enthalten ist, die wir für möglicherweise überaus wichtig halten. Es wird da von dem deutschen Bewußtsein der Stärke gesprochen, das der deutschen Regierung erlaubt hat, „zweimal im Laufe der letzten Monate ihre Vereinfachung zu einem Deutschlands Lebensinteressen sichernden Frieden offen und vor aller Welt zu bekunden.“ Die deutsche Regierung habe „damit zum Ausdruck gebracht, daß es nicht an ihr liegt, wenn den Völkern Europas der Friede noch länger vorenthalten bleibt.“

Gerade in konservativen Blättern ist in den letzten Tagen die Ansicht ausgesprochen worden, daß sich hinter dem Vorgehen der amerikanischen Regierung die Absicht verberge, als Friedensvermittler aufzutreten. Vielleicht gibt diese Stelle der deutschen Note Wilson Veranlassung, seine Ansichten über die Formen eines seiner Ansicht nach möglichen Friedens näher auszusprechen. Dann würde sich ja zeigen, welche Qualifikation zu einer Mittlerrolle Wilson besitzt und an welchen Hindernissen die Herbeiführung eines für alle Teile annehmbaren Friedens zu scheitern droht.

## Der Wortlaut der deutschen Note.

Amlich. Berlin, 5. Mai. (B. L. B.) Nachstehende Note ist in Beantwortung der amerikanischen Note vom 20. v. M. über die Führung des deutschen U-Bootkrieges dem Vorkämpfer der Vereinigten Staaten von Amerika gestern abend übergeben worden.

Der Unterzeichnete beehrt sich, im Namen der Kaiserlich Deutschen Regierung seiner Excellenz dem Vorkämpfer der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn James W. Gerard, auf das Schreiben vom 20. v. M. über die Führung des deutschen U-Bootkrieges nachstehendes zu erwidern:

Die Deutsche Regierung hat das ihr von der Regierung der Vereinigten Staaten in Sachen der „Sussex“ mitgeteilte Material an die beteiligten Marinestellen zur Prüfung weitergegeben. Auf Grund des bisherigen Ergebnisses dieser Prüfung verbleibt sie sich nicht der Möglichkeit, daß das in der Note vom 10. v. Mts. erwähnte, von einem deutschen U-Boot torpedierte Schiff in der Tat mit der „Sussex“ identisch ist. Die Deutsche Regierung darf sich eine weitere Mitteilung hierüber vorbehalten, bis einige noch ausstehende für die Beurteilung des Sachverhalts ausschlaggebende Feststellungen erfolgt sind. Falls es sich erweisen sollte, daß die Annahme des Kommandanten, ein Kriegsschiff vor sich zu haben, irrig war, so wird die Deutsche Regierung die sich

### hieraus ergebenden Folgerungen ziehen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an den Fall der „Sussex“ eine Reihe von Behauptungen geknüpft, die in dem Maße gipfeln, daß dieser Fall nur ein Beispiel für die vorbedachte Methode unterschiedsloser Zerstörung von Schiffen aller Art, Nationalität und Bestimmung durch die Vorkämpfer der deutschen U-Boote sei. Die Deutsche Regierung muß diese Behauptung mit Entschiedenheit zurückweisen. Auf eine ins einzelne gehende Zurückweisung glaubt sie indessen im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit verzichten zu sollen, zumal da die Amerikanische Regierung es unterlassen hat, ihre Behauptung durch konkrete Angaben zu begründen. Die Deutsche Regierung begnügt sich mit der Feststellung, daß sie, und zwar lediglich mit Rücksicht auf die Interessen der Neutralen, in dem Gebrauch der U-Boote keine weitgehende Beschränkungen auferlegt hat, obwohl diese Beschränkungen notwendigerweise auch den Feinden Deutschlands zugute kommen, — eine Rücksicht, der die Neutralen bei England und seinen Verbündeten nicht begnügt sind.

Zu der Tat sind die deutschen Seestreitkräfte angewiesen, den U-Bootkrieg nach den allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen über die Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen zu führen, mit der einzigen Ausnahme des Handelskrieges gegen die im englischen Kriegsgebiet betroffenen feindlichen Frachtschiffe, dererwegen der Regierung der Vereinigten Staaten niemals, auch nicht durch die Erklärung vom 8. Februar d. J., eine Zulassung gegeben worden ist. Einen Zweifel daran, daß die entsprechenden Befehle loyal gegeben worden sind und loyal ausgeführt werden, kann die Deutsche Regierung niemandem gestatten. Irregularitäten, wie sie tatsächlich vorgekommen sind, lassen sich bei keiner Art der Kriegsführung ganz vermeiden und sind in dem Seekrieg gegen einen Feind, der sich aller erlaubten und

unverlaubten Listen bedient, erklärlich. Aber auch abgesehen von Irregularitäten birgt der Seekrieg genau wie der Landkrieg für neutrale Personen und Güter, die in den Bereich der Kämpfe gelangen, unvermeidliche Gefahren in sich. Selbst in Fällen, in denen die Kampfhandlung sich lediglich in den Formen des Kreuzerrieges abgespielt hat, sind wiederholt neutrale Personen und Güter zu Schaden gekommen. Auf die Minengefahr, der zahlreiche Schiffe zum Opfer gefallen sind, hat die Deutsche Regierung wiederholt aufmerksam gemacht.

Die Deutsche Regierung hat der Regierung der Vereinigten Staaten mehrfach Vorschläge gemacht, die bestimmt waren, die unvermeidlichen Gefahren des Seekrieges für amerikanische Reisende und Güter auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Leider hat die Regierung der Vereinigten Staaten nicht geglaubt, auf diese Vorschläge eingehen zu sollen; anderenfalls würde sie dazu beigetragen haben, einen großen Teil der Unfälle zu verhindern, von denen inzwischen amerikanische Staatsangehörige betroffen worden sind. Die Deutsche Regierung hält auch heute noch an ihrem Angebot fest, Vereinbarungen in dieser Richtung zu treffen.

Entsprechend den wiederholt von ihr abgegebenen Erklärungen kann die Deutsche Regierung auf den Gebrauch der U-Bootwaffe auch im Handelskrieg nicht verzichten. Wenn sie sich heute in der Anpassung der Methoden des U-Bootkrieges an die Interessen der Neutralen zu einem weiteren Entgegenkommen

entschließt, so sind für sie Gründe bestimmend, die sich über die Bedeutung der vorliegenden Streitfrage erheben.

Die Deutsche Regierung mißt den hohen Geboten der Menschlichkeit keine geringere Bedeutung bei als die Regierung der Vereinigten Staaten. Sie trägt auch voll Rechnung der langen gemeinschaftlichen Arbeit der beiden Regierungen an einer von diesen Geboten geleiteten Ausgestaltung des Völkerrechts, deren Ziel stets die Beschränkung des Land- und Seekriegs auf die bewaffnete Macht der Kriegführenden und die tunlichste Sicherung der Nichtkämpfenden gegen die Grausamkeiten des Krieges gewesen ist.

Für sich allein würden jedoch diese Gesichtspunkte, so bedeutsam sie sind, für die Deutsche Regierung bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht den Ausschlag geben können. Denn gegenüber dem Appell der Regierung der Vereinigten Staaten an die geheiligten Grundsätze der Menschlichkeit und des Völkerrechts muß die Deutsche Regierung erneut und mit allem Nachdruck feststellen, daß es nicht die deutsche, sondern die britische Regierung gewesen ist, die diesen furchtbaren Krieg unter Mißachtung aller zwischen den Völkern vereinbarten Rechtsnormen auf Leben und Eigentum der Nichtkämpfer ausgebrochen hat, und zwar ohne jede Rücksicht auf die durch diese Art der Kriegsführung schwer geschädigten Interessen der Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden. In der bittersten Notwehr gegen die rechtswidrige Kriegsführung Englands, im Kampf um das Dasein des deutschen Volkes hat die deutsche Kriegsführung zu dem harten, aber wirksamen Mittel des U-Bootkrieges greifen müssen. Bei dieser Sachlage kann die Deutsche Regierung nur erneut ihr Bedauern darüber aussprechen, daß die humanitären Gefühle der Amerikanischen Regierung, die sich mit so großer Wärme den bedauernden Opfern des U-Bootkrieges zuwenden, sich nicht mit der gleichen Wärme auch auf die vielen Millionen von Frauen und Kindern erstrecken, die nach der erklärten Absicht der englischen Regierung in den Hunger getrieben werden und durch ihre Hungerqualen die Neutralen und die Zentralmächte zu schimpflicher Kapitulation zwingen sollen. Die Deutsche Regierung und mit ihr das deutsche Volk hat für dieses ungleiche Empfinden um so weniger Verständnis, als sie zu wiederholten Malen sich ausdrücklich bereit erklärt hat, sich mit der Anwendung der U-Bootwaffe streng an die vor dem Krieg anerkannten völkerrechtlichen Normen zu halten, falls England sich dazu bereit findet, diese Normen gleichfalls seiner Kriegsführung zugrunde zu legen. Die verschiedenen Versuche der Regierung der Vereinigten Staaten, die Großbritanische Regierung hierzu zu bestimmen, sind an der strikten Ablehnung der britischen Regierung gescheitert. England hat auch weiterhin Völkerrechtsbruch auf Völkerrechtsbruch gehäuft und in der Vergeßlichkeit der Neutralen jede Grenze überschritten. Seine letzte Maßnahme,

die Erklärung deutscher Bunkerkohle als Bannware, verbunden mit den Bedingungen, zu denen allein englische Bunkerkohle an die Neutralen abgegeben wird, bedeutet nichts anderes als den Versuch, die Lomage der Neutralen durch unerhörte Erpressung unmittelbar in den Dienst des englischen Völkerrechts zu zwingen.

Das deutsche Volk weiß, daß es in der Hand der Regierung der Vereinigten Staaten liegt, den Krieg im Sinne der Menschlichkeit und des Völkerrechts auf die Streitkräfte der kämpfenden Staaten zu beschränken. Die Amerikanische Re-

gierung wäre dieses Erfolges sicher gewesen, wenn sie sich entschlossen hätte, ihre unbefristbarten Rechte auf die Freiheit der Meere England gegenüber nachdrücklich geltend zu machen. So aber sieht das deutsche Volk unter dem Eindruck, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Deutschland in dessen Erstlingskampf die Beschränkung im Gebrauch einer wirksamen Waffe verlangt, und daß sie die Aufrechterhaltung ihrer Beziehungen zu Deutschland von der Erfüllung dieser Forderung abhängig macht, während sie sich gegenüber den völkerrechtswidrigen Methoden seiner Feinde mit Protesten begnügt. Auch ist dem deutschen Volke bekannt, in wie weitem Umfange unsere Feinde aus den Vereinigten Staaten mit Kriegsmitteln aller Art versehen werden.

Unter diesen Umständen wird es verstanden werden, daß die Anrufung des Völkerrechts und der Gefühllichkeit im deutschen Volke nicht den vollen Widerhall finden kann, dessen ein solcher Appell hier unter anderen Verhältnissen stets sicher ist.

Wenn die Deutsche Regierung sich

**trozdem zu einem äußersten Zugeständnis entschließt,**

so ist für sie entscheidend einmal die mehr als hundertjährige Freundschaft zwischen den beiden großen Völkern, sodann aber der Gedanke an das schwere Verhängnis, mit dem eine Ausdehnung und Verlängerung dieses grausamen und blutigen Krieges die gesamte zivilisierte Menschheit bedroht.

Das Bewußtsein der Stärke hat es der Deutschen Regierung erlaubt, zweimal im Laufe der letzten Monate ihre Vereinfachung zu einem Deutschlands Lebensinteressen sichernden Frieden offen und vor aller Welt zu bekunden. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß es nicht an ihr liegt, wenn den Völkern Europas der Friede noch länger vorenthalten bleibt. Mit umso stärkerer Berechtigung darf die Deutsche Regierung ausprechen, daß es vor der Menschheit und der Geschichte nicht zu verantworten wäre, nach 21-monatiger Kriegsdauer die über den Unterseebootskrieg entstandene Streitfrage eine den Frieden zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke ernstlich bedrohende Wendung nehmen zu lassen.

Einer solchen Entwicklung will die Deutsche Regierung, soweit es an ihr liegt, vorbeugen. Sie will gleichzeitig ein leichtes dazu beitragen, um — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegführung auf die kämpfenden Streitkräfte

zu ermöglichen, ein Ziel, das die Freiheit der Meere einschließt und in dem sich die Deutsche Regierung mit der Regierung der Vereinigten Staaten auch heute noch einig glaubt.

Von diesem Gedanken geleitet, teilt die Deutsche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten mit, daß Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen ist, in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebietes Kaufahrtschiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß sie fliehen oder Widerstand leisten.

In dem Daseinstampfe, den Deutschland zu führen gezwungen ist, kann ihm jedoch von den Neutralen nicht zugemutet werden, sich mit Rücksicht auf ihre Interessen im Gebrauch einer wirksamen Waffe Beschränkungen aufzuerlegen, wenn seinen Gegnern gestattet bleibt, ihrerseits völkerrechtswidrige Mittel nach Belieben zur Anwendung zu bringen. Ein solches Verlangen würde mit dem Wesen der Neutralität unvereinbar sein. Die Deutsche Regierung ist überzeugt, daß der Regierung der Vereinigten Staaten eine derartige Zumutung fernliegt; dies entnimmt sie aus der wiederholten Erklärung der Amerikanischen Regierung, daß sie allen Kriegführenden gegenüber

**die verlebte Freiheit der Meere wiederherzustellen entschlossen**

sei.

Die Deutsche Regierung geht demgemäß von der Erwartung aus, daß ihre neue Weisung an die Seestreitkräfte auch in den Augen der Regierung der Vereinigten Staaten jedes Hindernis für die Verwirklichung der in der Note vom 23. Juli 1915 angebotenen Zusammenarbeit zu der noch während des Krieges zu bewerkstellenden Wiederherstellung der Freiheit der Meere aus dem Wege räumt und sie zweifelt nicht daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten unannehmlich bei der Großbritanischen Regierung die baldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Kriege allgemein anerkannt waren und die insbesondere in den Noten der Amerikanischen Regierung an die Britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 5. November 1915 dargelegt sind. Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewünschten Erfolge führen, den Gesetzen der Menschlichkeit bei allen kriegführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die Deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entscheidungen vorbehalten muß.

Der Unterzeichnete bemerkt auch diesen Anlaß, um dem Herrn Botschafter die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez. von Jagow.

Seiner Erzelenz  
dem Botschafter der Vereinigten Staaten  
von Amerika  
Herrn James W. Gerard.

## Der Reichskanzler über die Lage.

Wolffs Telegraphenbureau meldet: In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages waren erschienen: Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg, die Staatssekretäre Dr. Delbrück, v. Jagow, Dr. Helfferich, Straßle, Dr. Lisco, v. Capelle, stellvertretender Kriegsminister v. Wandel, Unterstaatssekretär Wabuschke, Vertreter der Bundesstaaten sowie etwa hundert Reichstagsabgeordnete. Gleich zu Beginn der Sitzung nahm der Reichskanzler das Wort, um die deutsche Antwortnote an Amerika bekanntzugeben und unser Verhältnis zu Amerika darzulegen. Hieran schloß sich eine Besprechung, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligten. Die Ausführungen des Reichskanzlers sowie die Besprechung waren streng vertraulich. Vor dem Sitzungsummer waren die gewohnten Abfertigungsmaßnahmen getroffen.

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

K. M. G. Großes Hauptquartier, 5. Mai 1916. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Auch gestern war die Geschützaktivität an der englischen Front zwischen Armentières und Arras lebhaft. Bei Ebenchy-en-Boselle entwickelten sich Handgranatenkämpfe an einem Sprengtrichter, in den der Feind vorübergehend hatte vordringen können.

Südlich der Somme sind nachts deutsche Erkundungsabteilungen in die feindliche Stellung eingebracht, haben einen Gegenstoß abgewiesen und einen Offizier 45 Mann gefangen genommen.

Links der Maas drangen unsere Truppen in vor-springende französische Verteidigungsanlagen westlich von Avocourt ein. Der Feind hatte sie unter dem Eindruck unseres Feuers aufgegeben; sie wurden zerstört und planmäßig wieder geräumt. Südlich von Hancourt wurden mehrere französische Gräben genommen und Gefangene eingebracht. Ein gegen den Westankläufer der Höhe „Toter Mann“ wiederholter feindlicher Angriff brach völlig zusammen.

Nachts der Maas kam es besonders nachts zu starker Artillerietätigkeit.

Ein englischer Doppeldecker mit französischen Abzeichen fiel an der Küste nahe der holländischen Grenze unversehrt in unsere Hand; die Insassen retteten sich auf neutrales Gebiet. — Ein deutsches Geschwader warf auf die Bahnanlagen im Robette- und Aube-Tal (Champagne), sowie auf den Flughafen Sullys anschießend und erfolgreich Bomben ab.

Der Luftkrieg hat im Laufe des April, besonders in der zweiten Hälfte des Monats, auf der Westfront einen großen Umfang und wachsende Erbitterung angenommen. An Stelle des Einzelgefechts tritt mehr und mehr der Kampf in Gruppen und Geschwadern, der zum größten Teil jenseits unserer Linien angefochten wird. Im Verlauf dieser Kämpfe sind im Monat April auf der Westfront 26 feindliche Flugzeuge durch unsere Kampfflieger abgeschossen, davon

9 diesseits der Frontlinie in unseren Besitz gefallen.

Außerdem erlagen

10 Flugzeuge dem Feuer unserer Abwehrkanonen.

Unsere eigenen Verluste belaufen sich demgegenüber auf zusammen

22 Flugzeuge; von diesen gingen

14 im Luftkampf,

4 durch Nichtrückkehr,

4 durch Absturz von der Erde aus verloren.

Westlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Es hat sich nichts von besonderer Bedeutung ereignet.

Oberste Seeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 5. Mai. (W. Z. B.) K. M. G. wird verkündet:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Unsere Flieger besetzten vorgestern den Bahnhofsplatz Jolankows südlich von Rowno mit Bomben. Im Bahnhofsgebäude, in den Werkstätten, im rollenden Material und auf den Schienenanlagen wurden Treffer beobachtet. Mehrere Gebäude gerieten in Brand.

Gestern wieder überall erhöhte Geschützaktivität; vielfach auch Vorfeldgefechte.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Kombo vertrieben unsere Truppen nach kräftiger Artillerievorbereitung den Feind aus mehreren Stellungen, nahmen über hundert Wunden, darunter drei Offiziere, gefangen und erbeuteten zwei Maschinengewehre.

Im Normofata-Gebiet wurde nachts eine schwächere feindliche Abteilung am Hügel des Sasso Radice zerstreut. Sonst nur mäßige Artillerietätigkeit.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Doerflinger, Feldmarschallleutnant.

### Ereignisse zur See.

Am 4. Mai vormittags haben unsere Seeflugzeuge Salona, am Nachmittage Brindisi bombardiert. In Salona wurden Batterien, Hafenanlagen und Flugzeugstation mehrfach wirkungsvoll getroffen; in Brindisi mehrere Volkstempel auf Eisenbahnhöfen, Bahnhofsgebäude und Magazine, ferner im Arsenal inmitten einer dicht zusammenliegenden Gruppe von Gebäuden beschädigt. Mehrere Bomben sind in der Stadt explodiert. Ein zur Abwehr ausziehendes feindliches Flugzeug wurde sofort vertrieben. Auf dem Rückzuge wurde weit in See der Kreuzer „Marco Polo“ angetroffen und die auf Deck dicht zusammenstehende Besatzung mit Maschinengewehre wirkungsvoll beschossen. Trotz des heftigen Gewehrfeuers sind sowohl von Salona als auch Brindisi alle unsere Flugzeuge wohlbehalten zurückgekehrt.

Stichtenkommando.

## Ein Neutraler über Amerikas Friedensmission.

Zürich, 4. Mai. (W. Z. B.) Von einem hervor-ragenden Neutralen wird der „Züricher Post-gehebel“ berichtet: Der kann der Friedensmission sein, der die nach Frieden hungierenden Völker wieder in menschliche Zustände bringen wird, welche für Gerechtigkeit und Kulturarbeit freie Bahn schaffen? Wel Amerika liegt die Möglichkeit, die Grundlagen zu schaffen, auf denen der Friede aufgebaut werden könnte. Die weltgeschichtliche Aufgabe Amerikas scheint zu sein: Es erkläre nicht nur, daß es sich mit aller Entschiedenheit gegen den deutschen Tauchbootkrieg wende, sondern mit der gleichen Entschiedenheit erkläre es England, daß Amerika die Hand zum Ausbürgerungskrieg gegen Deutschland nicht bietet und auf seinem Recht bestehe, die Einfuhr nicht geheimer Waren nach Deutschland ohne

englische Benachteiligung durchzuführen. Erklärt sich Deutschland zur Beendigung des Tauchbootkrieges unter der erwähnten Bedingung bereit, und ist Amerika gewillt, auf dem Rechte nicht geheimer Waren zu bestehen, so ist der Krieg zu Ende. Den Kriegführenden bliebe nur eines, worauf die Völker lange warten, daß sie sich befähigen, wie endlich diesem ungeliebten Kriege ein Ende gemacht werden könne.

## Kongress neutraler Staaten in Bern.

Bukarest, 4. Mai. (W. Z. B.) „Liberatea“ meldet aus Genf: Nach dem Muster der Beratung der skandinavischen Staaten wird im Juni in Bern ein Kongress neutraler Staaten stattfinden. An dem Kongress sollen sämtliche Leiter der auswärtigen Angelegenheiten der neutralen Staaten teilnehmen. Bisher haben Dänemark, Schweden, Norwegen und Holland ihre Teilnahme zugesagt. Spaniens, Rumaniens und Griechenlands Antworten stehen noch aus. Das Präsidium des Kongresses wird der Schweizer Bundespräsident innehaben.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 5. Mai. (W. Z. B.) K. M. G. Bericht von gestern nachmittags. In Belgien hat unsere Artillerie feindliche Einrichtungen auf der großen Düne zerstört und ein Schützengrabenlager in die Luft gesprengt. Westlich der Maas in allen Abständen heftiges Geschützfeuer. Handgranatenkämpfe im Walde von Avocourt. Unseren geistigen Gewinn am „Toten Mann“ haben wir in der Nacht ausgedehnt und gesichert. Es bestätigt sich, daß die feindlichen Verluste beträchtlich waren, besonders infolge der Vorbereitung durch unser Artilleriefeuer; an einer Stelle ergaben sich zwei Mann noch während des Feuers, als die einzigen Überlebenden von der Besetzung ihres Schützengrabens. Westlich von der Maas in der Gegend von Raug Geschützfeuer. In der Woevre ebene feuerte unsere Artillerie konzentrisch auf viele Punkte. Bei Eparges sprengten wir eine Mine und setzten uns in ihrem Trichter fest. Westlich von St. Mihiel wurde eine starke feindliche Erkundungsabteilung, welche sich einem unserer Posten zu nähern versuchte, abgewiesen. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Luftkampf: Eines unserer Flugzeuge lieferte zwei deutschen Flugzeugen in der Gegend von Douaumont ein Geschütz; eines von jenen stürzte rettungslos ab, das andere ergriff die Flucht.

Paris, 5. Mai. (W. Z. B.) K. M. G. Bericht von Donnerstag abend. In den Argonnen beschoß unsere Artillerie feindliche Anlagen. Im Walde von Cheppy und bei Jelle wurde Minenkämpfe, die für uns erfolgreich waren. Westlich der Maas war die Beschießung in der Gegend der Höhe 304 sehr heftig. Beim Toten Mann wurde ein kleiner deutscher Angriff auf einen der Hügel von uns eroberten Gräben durch unser Sperrfeuer abgewiesen. Westlich der Maas und in der Woevre Tätigkeit unserer Artillerie mit Unterbrechungen. Von der übrigen Front ist außer dem üblichen Geschützfeuer nichts zu melden.

Belgischer Bericht: Die gegenseitige Beschießung hat im Abschnitt von Dignève und nördlich davon kraftvoll wieder-eingelebt. Unsere Artillerie nahm deutsche Batterien und Minenwerfer sowie Transportschiffe unter ihr Feuer, die auf dem Kanal von Hangeonne beobachtet wurden.

## Die englische Meldung.

London, 4. Mai. (W. Z. B.) K. M. G. Bericht. Gestern abend berichtete an verschiedenen Punkten erneute Tätigkeit. Der Feind griff nach heftiger Beschießung unsere Schützengräben nahe bei Ronchy an und fügte uns einige Verluste zu. Der Feind sprengte bei Neuville wirkungslos zwei Minen. Auf einem kleinen erfolgreichen Streifen bombardierten wir feindliche Unterstände und schlugen dem Feinde Verluste zu. Bei Hooge sprengten wir eine Mine, welche unterirdische Anlagen des Feindes beschädigte. Vom heutigen Tage ist nichts Besonderes zu melden, abgesehen von Artillerietätigkeit.

## Die Reklame-Russen.

Genf, 5. Mai. (W. Z. B.) „Journal de Genève“ schreibt: Die in Marseille gelandeten Russen sollen nicht stärker als 9000 Mann augenblicklich sein. Sie waren auf der Fahrt von Japanern begleitet, die aus Gründen der Klugheit nur nachts fahren wollten. Daher erklärt sich die langsame Ueberfahrt und ihre Geheimhaltung. Die Russen kommen ungerüstet an, werden also in der Front erst in einiger Zeit verwendbar sein.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 5. Mai. (W. Z. B.) K. M. G. Bericht vom Donnerstag. In der Gegend von Roncole machte der Feind am 4. Mai nach heftigem Artilleriefeuer drei aufeinanderfolgende starke Angriffe gegen unsere Stellung bei Castellaccio, wurde aber jedesmal mit schweren Verlusten zurückgeschlagen und hat ungefähre dreißig Gefangene in unseren Händen zurückgelassen. Auf dem Adamello haben am 3. Mai zwei feindliche Kolonnen gleichzeitig den Crozzon di Fargorida nördlich und den Col di Gabento südlich vom Crozzon di Larse angegriffen. Wie tief sie bis auf hundert Meter herankamen, griffen sie dann durch einen Geschützschlag aus Maschinengewehren und Infanteriegewehren an und trieben sie mit ungeheuren Verlusten in Unordnung zurück. Zwischen Uria und Urenta die gewöhnliche Artillerietätigkeit und Bewegung von Eisenbahnzügen; unsere Batterien beschossen den Bahnhof von Calliano und das Fort Doffo del Sommo und trafen ihre Ziele mehrmals. Vom Col di Rana meldet man einen neuen vergeblichen Angriff des Gegners auf unsere Stellungen nordwestlich vom Gipfel. Am mittleren Isonzo hat unsere Artillerie Tolmein, das Versorgungszentrum des Feindes in dieser Gegend, beschossen. Auf dem ganzen Schauplatz der Operationen starke Flug-tätigkeit. Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf das obere Camonica-Tal, auf das Ansel-Tal, auf die Ebene am unteren Isonzo und auf die Städte Novenna und Cervia. Es gab nur wenige Verwundete und sehr leichte Sachschäden. Zwei unserer Lenkflugzeuge haben in der letzten Nacht Verschanzungen, Batterien und Lager bei den Ortshöfen Nubbia, Verna und Vige im Doppoco-Tal und den Flugplatz Misovizza, östlich von Görz, mit Bomben beschoßen; ungefähr zwei Tonnen starker Sprengstoffe wurden mit erkennbar großer Wirkung abgeworfen. Auf dem R. A. Wege stürzte eines der beiden Luftschiffe aus unbekanntem Grunde auf feindlichem Gebiet in der Umgegend von Görz ab, das andere landete unbeschädigt in unsere Linien zurück. Cadorna.

## Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 4. Mai. (W. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Von den verschiedenen Fronten ist keine wichtige Handlung gemeldet worden. Am 2. Mai unternahm ein unserer Wasserflugzeuge einen Erkundungsflug in der Richtung auf Tenedos und Lemnos und warf über Lemnos vier Bomben ab, die alle explodierten.

**Konstantinopel, 5. Mai. (W. Z. B.)** Bericht des Hauptquartiers. An der Front ist die Lage unverändert. Am Tage vor der Uebergabe von Kut el Amara glückte es einem unserer Flugzeuge, das vom Hauptmann Schütz geführt wurde, im Luftkampf ein feindliches Flugzeug abzuschießen, das von uns genommen wurde. Der Führer ist tot, der Beobachter gefangen. Hauptmann Schütz ist auf demselben Tage ein anderes feindliches Flugzeug ab, dessen Insassen verwundet in unsere Hände fielen.

An der Kaukasusfront überraschte eine unserer Kavallerieabteilungen feindliche Kavallerie, schlug sie und vernichtete ebenso eine inzwischen erschienene Aufklärungsabteilung des Feindes. Auf anderen Teilen der Front unbedeutende Gefechte zwischen Aufklärungsabteilungen.

Von den übrigen Fronten ist nichts Wichtiges zu melden.

### Die Kämpfe am Suezkanal.

London, 4. Mai. (W. Z. B.) „Times“ spricht sodann von den unerfreulichen Nachrichten über die Kämpfe östlich vom Suezkanal, die mit einer gewissen Sorge zu betrachten seien. Bei dem Kampfe von Katia scheint fast die ganze Demomantry-Brigade beteiligt gewesen zu sein, ohne aber Katia halten zu können. Der Artikel schließt: Ueber Vorbereitungen am östlichen Kanalufer wurden so viele selbstgefällige Erklärungen abgegeben, daß die Öffentlichkeit plötzlich erkannte wahrnimmt, daß eine Kavalleriebrigade oder Teile davon 30 Meilen von Port Said einer feindlichen Ueberzahl gegenüberstanden und geschlagen werden konnten.

### Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 5. Mai. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 4. Mai. Westfront. Der Feind entwickelte lebhafteste Artillerietätigkeit im Abschnitt von Regfal und in der Gegend der Stellungen von Tünaburg und südwestlich von Tünaburg. In der Gegend südlich Tünaburg warfen feindliche Flugzeuge an vielen Stellen der Front Bomben ab. — In der Gegend südlich Krewo entspann sich ein heftiger Artilleriekampf; in dessen Verlauf krepierte eines unserer Geschosse in einem deutschen Besselballon, welcher das Schlimme berichtete.

Kaukasusfront: In der Richtung auf Vaisuri schlugen wir einen nördlichen Angriff der Türken in dem Abschnitt ihrer Stellungen, die wir vor kurzem eingenommen hatten, zurück; ebenso wiesen wir einen feindlichen nördlichen Angriff in der Richtung Erginjau ab.

### Vom U-Boot-Krieg.

Frederikshavn, 5. Mai. (W. Z. B.) Der Leichter „Mars“ aus Frederikshavn, der von Carlsborg mit Propellern nach England unterwegs war, wurde Dienstagabend in der Nordsee von einem deutschen Unterseeboot angehalten und in Brand gesetzt. Die Besatzung von sieben Mann ist an Bord eines Schleppdampfers hier angekommen.

London, 4. Mai. (W. Z. B.) Der französische Fischerschoner „Vernadotte“ (488 Brutto-Registertonnen) ist am 1. Mai im Atlantischen Ozean 150 Meilen von der nächsten Küste entfernt durch ein feindliches Unterseeboot versenkt worden. Die aus 34 Mann bestehende Besatzung ist in Booten entkommen; acht Mann sind aufgenommen worden, die übrigen 26 treiben noch.

Haag, 4. Mai. (W. Z. B.) Nach einer amtlichen Mitteilung hat die Untersuchung des Marineministeriums über die Versenkung des niederländischen Schiffes „Verkeström“ in der Nordsee ergeben, daß das Schiff durch zwei deutsche U-Boote am 24. April morgens um 4 Uhr 45 Minuten angehalten wurde. Nach den Schiffspapieren bestand die Ladung aus ungefähr 400 Tonnen, darunter Strohpacke, Kakao und frische Fische. Der Bestimmungsort des Schiffes war London. Das Schiff wurde etwa auf Abstand von vier Seemeilen von einem der Unterseeboote mit drei scharfen Schüssen gewarnt. Nachdem das Schiff angehalten hatte, wurde auf das Signal eines der Unterseeboote ein Boot abgeschickt, um die Schiffsapieren zu zeigen. Nach einer Untersuchung beschloß der Kommandant des Unterseebootes, das Schiff zum Sinken zu bringen, und qualifizierte: „Verlassen so schnell wie möglich das Schiff“. Darauf gingen die gesamte Besatzung und der Kapitän in die Boote. Das zweite Unterseeboot machte sich daran, das Schiff zum Sinken zu bringen. Der Kommandant des U-Bootes erbot sich, die Boote nach dem Nordostwind Leuchtschiff zu schleppen. Aber nach einer Viertelstunde Fahrt näherte sich ein feindliches Flugzeug, das das schleppende Unterseeboot angriff. Das Unterseeboot tauchte. Das Schleppboot wurde abgeworfen, aber es blieb am Unterseeboot hängen und die Trosse mußte abgeschnitten werden, damit die Boote nicht in die Tiefe gezogen würden. Darauf segelten die Boote nach der englischen Küste und wurden um 10 Uhr 15 Minuten durch den britischen Kreuzer „Penelope“ aufgenommen.

### Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

Le Havre, 5. Mai. (W. Z. B.) Meldung der Agence Havas. Das belgische Kolonialministerium teilt mit: General Tombeur, Oberbefehlshaber der belgischen Kräfte an der Ostgrenze von Kongo, meldet, daß die belgischen Truppen die feindlichen Stellungen, die den Übergang des Kivu-Sees gabelten, umfaßt haben und auf dem deutschen Ufer des Kivu-Sees gelandet sind. Dieses Manöver wurde durch das Feuer belgischer Flugabwehrboote (?) begünstigt und zwang den Feind, seine Stellungen am Kivu-Sees südlich des Sees zu räumen. Die belgischen Truppen überschritten den Fluß und besetzten die deutschen Stellungen von Tchangugu. Nördlich von Kivu drangen die Belgier gleichfalls in deutsches Gebiet ein.

### Ankunft 700 Kamerun-Deutscher in Cadix.

Cadix, 5. Mai. (W. Z. B.) 700 derjenigen Deutschen, die von Kamerun auf spanisches Gebiet übergetreten waren, sind hier angekommen; sie wurden zur Internierung in das Innere des Landes beordert. (Die Namen der in Cadix gelandeten Deutschen Kamerun sind noch nicht bekannt. Wielang ist an zuständiger Stelle nur eine namentliche Liste der nach Spanisch-Marokko übergetretenen Beamten des Gouvernements Kamerun eingegangen; dagegen sehen Listen der Schutruppenangehörigen, Planzer, Kaufleute usw. noch aus. Die Verdriftung wird baldmöglichst nach Eintreffen erfolgen.)

### Das englische Dienstpflichtgesetz in zweiter Lesung angenommen.

London, 4. Mai. (W. Z. B.) Das Unterhaus hat das Dienstpflichtgesetz mit 328 gegen 36 Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

London, 5. Mai. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Unterhaus. Bei der Debatte über die zweite

Lesung der Militärdienstpflicht wurde von einem liberalen Abgeordneten, teils aus allgemeinen, hauptsächlich aber aus wirtschaftlichen Gründen, deren Ablehnung beantragt. Lloyd George erklärt in seiner Antwort, das Kabinett sei zu dem Beschluß gelangt, daß die Forderung des Armeesekretes nach jedem verfügbaren Mann unbedingt berechtigt war. Eine Ueberlegenheit an ausgerüsteten Mannschaften sei für den Sieg unerlässlich, denn während die Ausrüstung der Russen sich wieder bedeutend verbessert habe, sei es wesentlich, daß Frankreich und Großbritannien, die für ihre Ausrüstung selbst sorgen konnten, dieses Jahr sofort so viel als möglich von den Kriegskosten auf sich nehmen, bis Rußland seine Ausrüstung vollendet habe. Die Einberufung aller Männer Großbritanniens, die von der großen Mehrheit des Hauses unterstützt werde, würde die schlechteste Nachricht für den deutschen Generalstab sein.

John Simon sprach gegen das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht. Sir Alfred Mond sagte, die Nation könne die Bemühungen der Regierung nur nach ihren Ergebnissen beurteilen, und wenn die Ergebnisse schlecht seien, so könne die Regierung kein Vertrauen erwarten. Im Hinblick auf Irland, Kut und Gallipoli sei es unmöglich, Vertrauen zur Regierung zu haben. Es sei wichtig, daß die Regierung das Vertrauen, das unzweifelhaft sehr geschüttelt sei, wiedergewinne. Wenn das unmöglich sei, so seien Neuwahlen ein geringeres Übel als eine Regierung und ein Parlament, die keine Fühlung mit der allgemeinen Stimmung im Lande haben. In diese Lage treibe man hinein, und es könne eine gefährliche Lage werden. Pringle (liberal) sagte, die Schwierigkeiten der Rekrutierung hätten mit der Bildung der Koalition begonnen, weil ein Teil der Presse seitdem gegen das Prinzip der Freiwilligkeit agitirte. Major Wood (Unionist) betonte, die Regierung habe in der Frage der Rekrutierung nichts getan, außer wenn sie durch die Presse oder das Parlament dazu gezwungen wurde. Es sei Zeit, daß die Kompromisse aufhörten. Thomas (Arbeiterpartei) sagte, es sei nicht erstaunlich, wenn die Arbeiter tief eingewurzelte Vorurteile gegen die allgemeine Dienstpflicht hätten. Die Arbeiterkonferenz hätte sie fast einstimmig verworfen. Da in diesem Kriege 20 Millionen kämpften, so würden 200 000 Mann die Entscheidung kaum herbeiführen.

### Die Stärke der englischen Wehrmacht.

London, 2. Mai. (W. Z. B.) Unterhaus. Asquith sagte in seiner Rede, in der er die neue Dienstpflicht ankündigte: Die Armee bestand im August 1914 aus 6 regulären und 14 Territorialdivisionen oder zusammen mit den überseeischen Garnisonen aus 26 Divisionen; jetzt haben wir 42 reguläre und 28 Territorialdivisionen, also zusammen 70 und mit der Marine 71. Meer und Flotte zählen jetzt 5 Millionen Mann. Im letzten Juli war festgesetzt, daß eine Armee von 70 Divisionen zu ihrer Erhaltung eine wöchentliche Rekrutierung von 25 000 Mann bis 30 000 Mann brauche. Asquith gab sodann einen Ueberblick über die Rekrutierungspolitik der Regierung. Er erwähnte kurz die Uebergabe von Kut el Amara und sagte: In dem Krieg gegen Napoleon habe man Pitt und Wellington ebenso Unentschlossenheit, Hingögerung und Rückschlag vorgeworfen wie der jetzigen Regierung. Er schloß mit einer Verteidigung der Regierung und sagte, sie könne ihre Aufgabe nur vollführen, wenn sie das Vertrauen der Nation besitze.

Carson erwiderte, er brauche die Regierung nicht zu rühmen oder ihr seine Sympathie auszusprechen, da sie das stets selbst besorge. In einem Lande, wo die ganze Nation über solch ein Unglück, wie die Uebergabe von Kut el Amara, trauert, kann man ihre Sorge nicht verschonen und ihr Gemüt beruhigen, indem man mit schönen Worten das abzuschwächen sucht, wovon jeder weiß, daß es ein großes Unglück ist. Was die Rekrutierung anbetrifft, so sagt Asquith bei solchen Gelegenheiten stets, was das Land alles getan hat, aber es kommt darauf an, ob es genug getan hat. Wenn Asquith während des ersten Kriegsjahres an die Nation appelliert hätte, so wäre die allgemeine Wehrpflicht schon damals angenommen worden.

### Lord Beresford über die Schiffsnot.

London, 5. Mai. (W. Z. B.) Im Oberhaus sprach Lord Beresford über die Schiffsnot und sagte: England hatte bei Kriegsbeginn über 11 000 Schiffe von über 400 Tonnen. Die Abnützung nahm 2000 bis 3000 in Anspruch. Für den Handel blieben etwa 8800 übrig. Die Verluste des Krieges seien auf diese Bilanz zu beziehen, sie betragen also nicht 4 1/2 Proz., sondern 14 Prozent des für den Handel verfügbaren Schiffsraumes. Beresford erwähnte, daß mehrere Schiffe kenterten, weil die Geschütze auf Schiffen, die zu wenig Ballast führten, falsch aufgestellt waren. Der Schiffsbau werde verzögert, da sich die schottischen Werke weigern, für den Schiffsbau den Stahl zu liefern, die der Munitionsmister für den Schiffsbau in England festgesetzt habe. Lord Curzon erwiderte, 48 Proz. der Handelsflotte wurden von der Regierung für militärische und andere staatliche Zwecke requiriert, 14 Proz. werden zur Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen benutzt und 43 Proz. bleiben den Britischen Werften unter Staatskontrolle. 500 Schiffe wurden zur Verfügung Frankreichs, Italiens und Rußlands gestellt. Der tatsächliche Verlust an Schiffen durch den Krieg wurde durch die Beschlagnahme und Erbeutung feindlicher Schiffe fast ganz ausgeglichen. Die britische Handelsflotte habe jetzt fast genau so viele Schiffe wie vor dem Kriege. Lord Salisbury bezweifelte diese Angaben.

### Carson gegen Asquith.

Rotterdam, 5. Mai. (W. Z. B.) Der „Rotterdamische Courant“ meldet aus London: Carson hielt bei einem Festmahl des unionistischen Kriegeskomitees eine sehr feindselige Rede gegen die Koalition, vor allem gegen Asquith. Er sagte, der Premierminister sei nur als Parteiführer und Redner groß. Man sei der Meinung überdrüssig und glaube, daß es ein Unglück für das Land sei, daß der Premierminister ein so großer Redner ist.

### Neuer Zusammenstoß in Irland.

London, 5. Mai. (W. Z. B.) „Times“ berichtet über einen heftigen Zusammenstoß zwischen der irischen Gendarmerie und einem großen Haufen bewaffneter Aufständischer. Die Gendarmerie wurde in einen Hinterhalt gelockt und verlor 10 Tote und 18 Verwundete.

## Amerika und England.

New York, 5. Mai. (W. Z. B.) (Durch Funkspruch vom Vertreter des W. Z. B.) Verschiedene Blätter kritisieren in scharfer Weise die englische Antwort auf den amerikanischen Einspruch gegen die englische Störung des neutralen Handels. „New York American“ sagt: Die Beschlagnahme amerikanischer Schiffe, die auf dem Wege nach neutralen Häfen sind, mit Ladungen, die vor dem Kriege durch das Völkerrecht als Nichtkonterbande anerkannt waren, ist unbedingt gescheitert und ein Akt von Unfreundlichkeit und Verrücktheit der Wahrung der amerikanischen Rechte, die eine sich selbst achtende amerikanische Regierung schon seit Monaten gehindert haben würde. Wir bestehen darauf, daß kraft des Völkerrechts jedes amerikanische oder andere neutrale Schiff das geschmackvolle Recht hat, Lebensmittel nach Deutschland oder Oesterreich-Ungarn für den Gebrauch der Zivilbevölkerung zu bringen. Wir halten daran fest, daß es eine Verletzung der ausdrücklich schriftlich aufgezählten Erklärungen des Völkerrechts ist, die Post eines neutralen Landes zu beschlagnehmen, zu prüfen und zu verzögern. Im Jahre 1910 verleiht England bei seiner Behandlung unserer Neutralität jede einzelne Bestimmung des Völkerrechts, die von ihm als bindend für Rußland im Jahre 1904 aufgestellt wurde, als Rußland im Kriege mit Japan war und geschweidrigerweise den Handel belästigte. Damals war es aber der englische Handel anstatt des amerikanischen. Wir sind so vollständig Amerikaner, daß wir glauben, allen Angriffen auf das Recht, das Leben und das Eigentum von Amerikanern Einhalt tun zu müssen, mögen diese Angriffe nun ausgehen von Deutschland, England, Mexiko oder irgendeinem anderen Staate oder Völkern. Das Amerikanertum, das dem einen Angreifer die Zähne zeigt und lächelnd Fußstapfen und Beleidigungen eines anderen Angreifers entgegennimmt, ist nicht das, was wir unter Amerikanertum verstehen.

### Verwundete Feinde auf neutralem Boden.

Im „Berliner Bund“ vom 2. d. M. findet sich eine interessante Schilderung der Ankunft der beiden ersten Jäger mit Kriegsgefangenen Aargähnen, die in der Nacht vom 1. zum 2. Mai aus den Konzentrationorten Lyon und Koblenz in Bern eintrafen. Nach einer Schilderung der Insassen des zuerst eingetroffenen Franzosenzuges heißt es in dem Bericht weiter:

2 Uhr 30, Punkt, rollt neben dem dritten Berner der deutsche Zug in die Halle, dem zur Abfahrt bereitstehenden Franzosenzug unmittelbar gegenüber. Endloses Winken und Grüßen zwischen den Feinden. Wir sind über diese Begegnung weit mehr erstaunt als die Gäste selbst, die sich in den letzten beiden Jahren an manches gewöhnen lernten. Eines aber bereitet ihnen trotzdem freudigste Ueberraschung: der herzliche Empfang. Die durchweg feindselig gelaunten Deutschen machen einen vorzüglichen Eindruck. Blonde Leute, stille aber ruhige Gesichter. Schnell verschwindet man, was man zu verschonen hat, und gleich ist auch schon irgendwo ein Gespräch angeknüpft. Ich komme vom ersten Wagen gar nicht los. Die Soldaten des Abteils, fast ausschließlich Studenten, fragen in gutem Französisch, wie die Station denn eigentlich heiße, und sind ebenso erstaunt wie erfreut, als die Antwort auf deutsch „Bern“ lautet. Wir sind schon seit letzten Dienstag auf der Reise, wo wir in Rodafriska abfahren. Da lernt man resignieren. Es war ein langes Warten, seit wir vor anderthalb Monaten von der schweizerischen Kreuzkommission befreit wurden. Aber nun ist ja alles gut.“ Ich frage nach dem Empfang in Genf. „Ach, das war unser schönster Tag seit beinahe zwei Jahren. Die Leute waren so herzlich, sie haben uns mit Freundlichkeit und Gestalten überschüttet.“ Das Urteil ist überall dasselbe. Eifrig erkundigen sich alle nach dem Bestimmungsort; hier ist es Bern. „Liebliche Lage, Ruhe, Sonne, gute Leute“, lautet die Auskunft. Man ist befriedigt: „Das ist wirklich alles, was wir uns wünschen können. Leben, ruhen! Schiden Sie uns doch bitte Zeitungen; bis heute morgen wußten wir nichts mehr von der Welt Lauf.“ Eifrig wird nach der Kriegslage gefragt.

Inzwischen hat sich zwischen den Feinden ein heiteres, in französischer Sprache geführtes Vorgespräch angeknüpft. Die deutschen Studenten begannen: „Seid Ihr gut gereist?“ „Danke, vortrefflich.“ „Wann seid Ihr abgefahren, wie lange habt Ihr in Konstanz gewartet?“ „Seid Ihr nun zufrieden?“ „Oh, sehr, sehr.“ „Wart Ihr auch von der Behandlung in Deutschland befriedigt?“ „Rechtens, danke; mais la pain (aber das Brot) ...“ „Eures ist nicht viel besser, aber jetzt bekommen wir ja Schweizerbrot!“ „Oui, c'est bien (ja, das ist gut).“ „Wohin kommt Ihr?“ „Und Ihr?“ Das geht so friedlich herüber und hinüber. Es und zu fällt ein Scherz, und die Wagen füllt draußendes Gelächter. Im Verbum streiten sie sich wenig. Die Franzosen behaupten, die deutschen Linien wären im Rückzuge. Die Deutschen antworten: „Am Gegenteil!“ „Wann werden wir Frieden haben?“ rufen die Deutschen. „Heute schon, wenn Ihr wollt!“ lautet die Antwort.

Die zehn Minuten Aufenthalt für die Deutschen sind abgelaufen. Wir drücken wieder viele, viele Hände, während sich der Zug mit seinen 517 Insassen in Bewegung setzt. Im Vorübergehen bemerken wir einen Wagen mit geschlossenen Fenstern, hinter denen Offiziere in die feindliche schweizerische Zeitungen vertrieft sind. Dann verschwindet der Zug. In Zürich und Olten soll er nach den verschiedenen Bestimmungsorten geteilt werden.

Wenige Minuten später schiebt sich der Franzosenzug in entgegengesetzter Richtung langsam zur Halle hinaus. Wir haben genug gesehen.“ (2)

Bern, 4. Mai. (W. Z. B.) Ueber die Begegnung von kriegsbedürftigen deutschen und französischen Gefangenen auf dem hiesigen Bahnhof hat der Berner Vertreter des „Temps“ nach Paris gemeldet: Während des Aufenthaltes versuchten die Deutschen eine Verdrüderung mit den Franzosen, aber ihre zahlreichen Bursche „Kamerad, Kamerad“ blieben ohne irgendeinen Widerhall. Dazu schreibt der „Bund“, der kürzlich eine wortempfundene Schilderung des rührenden Zusammenstehens der beiden Innohidenzüge usw. gegeben hat: Der Berner Vertreter des „Temps“ war offenbar nicht an Ort und Stelle, als die Deutschen und die Franzosen auf dem Berner Bahnhof brüderlich miteinander verlebten und sich in sehr kameradschaftlichen Gesprächen unterhielten, wie in unserem Bericht zu lesen war. Oder durfte man solche menschlich schönen Erscheinungen in Paris, im Herzen der Weltkultur, nicht wissen? Dann wäre Schweigen besser gewesen, als die Tatsachen auf den Kopf zu stellen.

## Letzte Nachrichten.

### Das Ständrecht gegen ausländische Irländer.

London, 5. Mai. (W. Z. B.) Ein Bericht aus Dublin meldet, daß folgende Sinn-Reiner zum Tode verurteilt und erschossen worden sind: Joseph Blunkett, Edward Daily, Michael O'hannon, William Pearse; bei 15 anderen Aufständischen wurde die Todesstrafe in 10 Jahre Zuchthaus umgewandelt. 2 erhielten 10 Jahre Zuchthaus, in einem Falle wurde die Todesstrafe in 8 Jahre Zuchthaus umgewandelt. Weitere Prozesse sind im Gange.

# Bewerkschaftliches.

## 30 Jahre Lädiererorganisation in Berlin.

Am 6. Mai sind es 30 Jahre, daß durch die Tatkraft und Energie einiger Kollegen die Gründung einer Berufsorganisation für die Berliner Lädierer vollzogen wurde. Zu der damaligen Zeit machte sich eine rege Agitation unter den Arbeitern aller Berufe bemerkbar, durch welche unter der Arbeiterenschaft ein besonders reges geistiges Leben wachgerufen wurde. Die Folge war die Gründung zahlreicher Fachvereine und Verbände, welche sich zur Aufgabe stellten, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen. Dieser Aufgabe gedenkend, trat auch die junge Organisation der Lädierer nach einem Jahre an die Unternehmer heran und verlangte den uns heute mehr als bescheiden anmutenden Wochenlohn von 19,50 M. bei zehnstündiger Arbeitszeit, der denn auch durch gegenseitige Unterjochung festgelegt wurde. Weiter ließ es sich der Fachverein angelegen sein, seinen Mitgliedern wissenschaftliche Vorträge darzubieten, die zur Fortbildung und Aufklärung beitragen sollten. Es schlossen sich denn auch in kürzester Zeit der neuen Organisation circa 300 bis 400 Kollegen an.

Trotz der für die Arbeiterbewegung schweren Zeit ging es auch mit der jungen Lädiererbewegung vorwärts.

Im Jahre 1888 fand ein Kongreß der Maler Deutschlands statt, auf welchem der Ausbau der Zentralisation beraten wurde. Zu diesem Kongreß entsandten auch die Lädierer einen Delegierten. Derselbe wurde beauftragt, dem Kongreß den Wunsch zu unterbreiten, die Lädierer mit in die Agitation aufzunehmen, um bei gegebener Zeit den Anschluß der Lädierer zu vollziehen. Es bildeten sich allerdings zwei Anschauungen in der Organisation, aus denen heraus für und gegen den Anschluß gestritten wurde. Doch wurde dies überwunden. Man ging zur Zentralisation der Maler über, arbeitete auch unter der neuen Form der Organisation und erzielte unter dieser weitere Vorteile.

Heute haben die Lädierer Berlins einen Lebensabschnitt von 30 Jahren reichen Schaffens und Wirkens hinter sich. Die älteren Kollegen, die heute noch der Organisation angehören, werden gerne auch in dieser schweren Zeit mit tröstlicher Gemüthlichkeit an der Stürme gedenken, welche ihre Berufsvereinigung seit ihrer Gründung siegreich überstanden hat. Den jüngeren Kollegen aber wird der Gedanke eine Mahnung sein, mit den erprobten Ältern Schulter an Schulter weiter zu wirken, ebenso die Interessen ihres Spezialberufes wie für die der gesamten Arbeiterchaft.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Eisenkonstruktionsarbeiter fordern Teuerungszulagen.

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der in den Eisenkonstruktionswerkstätten beschäftigten Arbeiter beschloß einstimmig, eine Teuerungszulage zu fordern, deren Höhe für Arbeiter, welche einen Haushalt zu versorgen haben, 20 Pf., für alle übrigen Arbeiter 15 Pf. pro Stunde betragen soll.

Dieser Antrag wird vom Metallarbeiterverband dem Verbands der Metallindustriellen eingereicht. Zur Begründung der Forderung wurde ausgeführt: Die Teuerung nimmt immer mehr zu. Das Einkommen der Eisenkonstruktionsarbeiter ist seit längerer Zeit fast gar nicht gestiegen. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist also wesentlich herabgedrückt. In anderen Branchen der Eisenindustrie werden gegenwärtig von gelernten Arbeitern Stundenlöhne von 1,30—1,50 M. verdient. Für Schlosser betragen die Stundenlöhne im allgemeinen 1,10—1,30 M. Dagegen haben die in den Eisenkonstruktionsbetrieben beschäftigten Schlosser Stundenlöhne von 65—70 Pf., in günstigen Fällen 75—78 Pf. Sie stehen also weit hinter den in anderen Branchen verdienten Löhnen der Schlosser zurück. Ebenso ungünstig sind die Lohnverhältnisse der anderen Arbeiterkategorien in den Eisenkonstruktionsbetrieben. Die am besten bezahlten Arbeiter, nämlich die Kolonnenführer, kommen auf 60 Pf. bis wenig über 1 M. Ungelernte Arbeiter erhalten Stundenlöhne von 60—65 Pf. Der durchschnittliche Stundenlohn aller gelernten Arbeiter in der Eisenkonstruktion beläuft sich auf 78 Pf. Das ist ein Lohn, der unter den heutigen Verhältnissen nicht ausreicht, um den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten, wenn die reguläre Arbeitszeit von neun Stunden innegehalten würde. Diese Arbeitszeit wird denn auch in den meisten Fällen weit überschritten. Man arbeitet bis 11 und 11½ Stunden täglich, um dadurch den Verdienst auf eine Höhe zu bringen, welche die Arbeiterfamilie wenigstens vor dem Hunger schützt. Die Unternehmer bieten den Arbeitern gern Gelegenheit zu Überstunden, in der Erwartung, dadurch Forderungen auf Lohnserhöhung aus dem Wege zu gehen. Doch so kann es nicht weiter gehen. Es muß verlangt werden, daß die Arbeiter in der normalen neunstündigen

Arbeitszeit so viel verdienen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Die geforderte Lohnzulage bewegt sich in bescheidenen Grenzen. Durch die Bewilligung derselben wird noch lange kein voller Ausgleich zwischen dem Lohn und den Lebensmittelpreisen geschaffen und die Eisenkonstruktionsarbeiter würden auch nach Bewilligung ihrer Forderung noch nicht die Lohnhöhe erreicht haben, die andere gleichartige Arbeiter in anderen Zweigen der Eisenindustrie verdienen. Es darf deshalb wohl erwartet werden, daß die Unternehmer die im Hinblick auf die Teuerungsvhältnisse recht bescheidene Forderung der Arbeiter bewilligen werden.

#### Der Hilfsbund für bedürftige gebildete Frauen und Mädchen schreibt uns:

In einer Verhandlung des Gewerbegerichts am 26. April 1916 wurden gegen den Hilfsbund für bedürftige gebildete Frauen Vorwürfe wegen zu niedriger Entlohnung einer von ihm beschäftigt gewesenen Arbeiterinnengruppe erhoben. Durch eine unglückliche Verkettung von Umständen — Abwesenheit beider Vorsitzenden und des Rechtsbeistandes während der Sitzung — war der Hilfsbund im Termin nicht sachgemäß vertreten. Die Justizstelle des Gewerbegerichts erfolgte erst kurz vor Ostern. Es entstand so bei der Verhandlung ein völlig falsches Bild der Sachlage, welches leider geeignet ist, das Ansehen des Hilfsbundes zu schädigen und seine Leiterinnen in höchst ungünstigem Licht erscheinen zu lassen. Wir rechnen deshalb darauf, daß Sie aus Billigkeitsgründen auch nachstehender Klarstellung Raum gewähren werden.

Die Arbeitsausgabenstelle des Hilfsbundes unterstand zur Zeit der in Betracht kommenden Vorfälle der Leitung einer Frau Intendanturatt Thewald, welche vom Vorstande den ganz bestimmten Auftrag hatte, die vorgeschriebenen Löhne zu zahlen. Die Dame hat diese Beträge auch dem Hilfsbunde berechnet. Frau Thewald ist Ende November ihrer Tätigkeit entlassen worden; eine Abrechnung von ihr konnte bisher trotz gerichtlicher Schritte nicht erlangt werden.

Daß Reklamationen von Arbeiterinnen und Vorladungen des Gewerbegerichts stattgefunden haben, war dem Hilfsbund und bis dato unbekannt, weil Reklamationen sowohl wie Vorladungen an Frau Thewald gerichtet waren und von dieser, die ihrer Stellung bereits entlassen war, dem Hilfsbunde nicht mitgeteilt wurden. Erst durch die Vorladung des Gewerbegerichts zum 26. April, die kurz vor Ostern erfolgte, erfuhr der Hilfsbund zum ersten Male, daß die festgesetzten Löhne nicht bezahlt worden sind.

Nach Rückkehr der Vorsitzenden hat sich der Hilfsbund dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn v. Schulz, gegenüber sofort bereit erklärt, die in Frage kommenden Arbeiterinnen schadlos zu halten, ganz unabhängig vom dem gegen Frau Thewald schwebenden Verfahren. Die ordnungsmäßige Auseinandersetzung ist beim Gewerbegericht beantragt worden.

#### Die Gastwirtsgehilfen im ersten Quartal.

Die Mitgliederzahl der Berliner Verwaltungsstelle des Verbandes der Gastwirtsgehilfen ist im ersten Quartal von 1549 auf 1443 zurückgegangen. Diese Verminderung der Mitgliederzahl ist die Folge von Einberufungen zum Heere, deren im Laufe des Quartals 115 stattfanden. Von den 1443 Mitgliedern befinden sich 1205 in festen Stellungen, während die übrigen teils in Anstellstellen, teils ohne Stellung und teils in anderen Berufen beschäftigt sind. Wie in der Generalversammlung am Donnerstag berichtet wurde, ist es gelungen, in einer Anzahl von Betrieben, die schon früher Teuerungszulagen bewilligt hatten, neuerdings eine Erhöhung der Zulagen zu erlangen. In einigen Betrieben sind noch derartige Bewegungen im Gange. Zwei größere Betriebe haben mit Rücksicht auf die ungünstige Geschäftslage erklärt, daß sie die geforderte Teuerungszulage zurzeit nicht bewilligen können. Ein Gegenstand der Aufmerksamkeit der Gastwirtsgehilfen ist die immer noch zunehmende Einstellung von Kleinrentnern. Sie sollte eigentlich nur in solchen Fällen stattfinden, wo männliche Rentner nicht zu haben sind. Aber diese Voraussetzung wird von den Unternehmern meistens nicht beachtet. Ja, es kommt nicht selten vor, daß Unternehmer mit der Einstellung von weiblichem Personal drohen, wenn die männlichen Rentner Lohnforderungen stellen. So werden also die Rentnerinnen als Lohnbrückerinnen gegen die Rentner ausgebeutet. Die Wirte heben rühmend hervor, daß die Rentnerinnen den Gästen gegenüber zuvorkommender und freundlicher seien als die Rentner. Das mag in manchen Fällen zutreffen. Im allgemeinen werden die Rentnerinnen von den Wirten deshalb bevorzugt, weil sie hinsichtlich der Lohnansprüche bescheidener sind als ihre männlichen Kollegen und weil keine Organisation hinter ihnen steht. Wie der Vorsitzende Seifert bemerkte, wird man damit rechnen müssen, daß die Rentnerinnen nach dem Kriege nicht völlig aus dem Gastwirtsgerwebe verschwinden. Man werde sich deshalb fragen müssen, ob man die Rentnerinnen nicht in die Organisation aufnehmen solle, um der Lohnbrückerlei vorzubeugen. Mander aus dem Felde zurückkehrende Kollege werde seine Stelle durch eine Rentnerin besetzt finden. Aus diesen Gründen werde der Verband die Rentnerinnenfrage im Auge behalten müssen.

Die Zahlstelle Berlin des Tabakarbeiterverbandes hatte am Mittwoch eine Mitgliederversammlung, in der die Abrechnung vom ersten Quartal 1916 gegeben wurde. Die Hauptstoffe hatte am Schluß des vierten Quartals 1915 einen Bestand von 2005,41 M. Einschließlich

dieses Bestandes betrug die Einnahme im ersten Quartal 1916 insgesamt 11 259,61 M. Nach Verrechnung der Ausgaben verblieb am Schluß des ersten Quartals ein Bestand von 988,72 M. Zu den Ausgaben gehörten 8950 M., die dem Zentralvorstand gesandt wurden.

Die Kassa-Kasse balanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 2101,84 M.

Mitglieder hatte die Zahlstelle am Schluß des Quartals 1916, nämlich 148 männliche und 1470 weibliche. Davon gehörten an der Zigarrenbranche 128 männliche und 69 weibliche und der Zigarettenbranche 320 männliche und 1411 weibliche.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung wurde nach längerer Debatte beschlossen, mit der Maßgabe, daß es sich um ein Probitorium für die Kriegszeit handle. Gewählt wurden als erster Bevollmächtigter Laub, als zweiter Bevollmächtigter und Kassierverwalter Börner, als dritter Bevollmächtigter Glau, als erster Revisor Rosenthal und als zweiter Revisor Krumnau.

In der nächsten Versammlung soll das Resultat der statistischen Aufnahmen aus der Zigarettenbranche vorgebracht werden. Dort wird dann auch zu der Anregung, wie man sich zu einer neuen Teuerungszulage stelle, Stellung genommen werden.

Dann wurden verschiedene Vorfälle bei der Zigarettenfirma Muratti erörtert, wo auch Abzüge vom Lohn gemacht worden sind. Es wird dazu Stellung genommen werden.

### Ausland.

#### Der englische Arbeitsmarkt im März.

Dem „Economist“ vom 22. April zufolge charakterisiert die „Labour Gazette“ den Arbeitsmarkt dahin, daß trotz Zunahme der Frauennarbeit der Arbeitermangel sichtbar wird, was mit dem blühenden Stande der Ausfuhr und den vermehrten Heeresentstellungen zusammenhängt.

Arbeitslosigkeit ist tatsächlich in England zurzeit so gut wie nicht vorhanden. Im Februar ist die bis dahin niedrigste Ziffer, die bisher in der amtlichen Statistik beobachtet wurde, erreicht worden, nämlich 0,5 Proz. und auf diesen Sach ist sie während des Monats März stehen geblieben. Sie ist mitteln 0,8 Proz. niedriger als im März 1915 und 1,6 Proz. niedriger als im März 1914.

In den ersten Kriegsmontaten war sie viel höher: August 7,1 Proz., September 6,9 Proz., Oktober 4,4 Proz., November 2,9 Proz., während sie im Juli 1914 2,8 Proz. betragen hatte.

Arbeitslosigkeit ist hauptsächlich noch bei Angehörigen des Vanguerwesens und bei Druckern vorhanden. Im Schiffbauwesen fehlte es trotz vieler Überstunden an Arbeitskräften, ebenso an Metallarbeitern, in der Zuteindustrie, teilweise in den Baumwollspinnereien, ganz besonders in der Landwirtschaft, wo der Mangel nur wegen des schlechten, die Vesteilungsarbeiten hindernden Wetters nicht so hervortrat.

Dem „Daily Telegraph“ vom 21. April zufolge ist die Nachfrage für Arbeit an Schiffslörpern und Maschinen für die Handelsmarine so groß, daß man in den Maschinenwerkstätten und den Werften der Nordostküste noch mehr Frauen einstellen will, um so ungelernete und halbgelernete Arbeiter für schwierigere Arbeiten frei zu machen.

### Soziales.

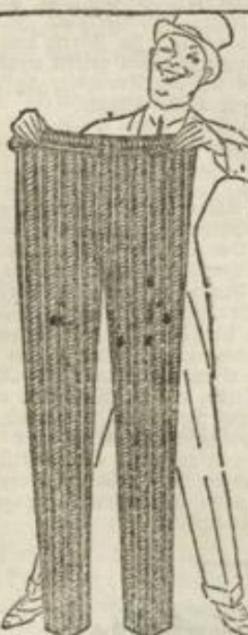
#### Hat der Kriegsfreiwillige Anspruch auf Sechswöchengehalt?

Diese Frage verneinte die zweite Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts.

Der Lagerist einer optischen Anstalt hatte sich gleich zu Beginn des Krieges als Freiwilliger gemeldet und wurde auch eingestuft. Als er später aus dem Heeresdienst entlassen wurde, hörte er von den Klagen wegen Zahlung von sechs Wochen Gehalt und von dem zum Teil für die Handlungsgehilfen günstigen Urteilen der Kaufmannsgerichte. Das veranlaßte ihn, jetzt nach anderthalb Jahren auch seinerseits eine Klage auf Zahlung des Sechswöchengehalts einzureichen. Das Kaufmannsgericht hielt in diesem den Anspruch für völlig unberechtigt. Kläger bestand sich seinerzeit in ungeladener Stellung, so daß von einem wirtschaftlichen Unglück gar keine Rede sein könne. Wenn er in edler vaterländischer Begeisterung sich freiwillig zum Kriegsdienst melde, so sei das gewiß hoch anzuerkennen, er könne das aber nicht auf Kosten des Prinzipals tun. — Um der sicheren Abweisung zu entgehen, zog der Gehilfe vor Urteilsfällung seine Klage zurück.

#### Zur Angestelltenversicherung.

In der Sitzung vom 4. Mai hat der Bundesrat zu der Bekanntmachung betreffend die Ausübung des § 8 des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 9. Juli 1913 (Reichsgesetzbl. S. 571) beschlossen, daß von der Versicherungsstelle nach dem Versicherungsgebot für Angestellte bleiben Dienstleistungen von Angestellten, die durch Stellenlosigkeit in gemeinnützigen Schreibstuben oder in Verpflegungsstationen und ähnlichen Wohltätigkeitsanstalten während eines verhältnismäßig geringen Zeitraums des Kalenderjahres beschäftigt werden, auch wenn eine Geldentschädigung gewährt wird.



# Herren-Hosen

In sehr großer Auswahl  
Neueste Ausmusterungen  
für Straße und Gesellschaft

**Vorteilhafte Preise**

M. 6.- 8.- 10.- 12.- 15.-  
18.- 21.- 24.- 27.- 30.-

## BAER SOHN

Chausseestr. 29-30 Berlin 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter St. 20 Oogr. 1001 Schöneb., Hauptst. 10  
Sonntag 9-10 Uhr geöffnet



# Oskar Wollburg

56 u. 57 Brunnenstr. 56 u. 57

Spezialhaus  
für Damen- u. Mädchen-Konfektion,

## Leichte Sommerkleidung

In entzückenden Neuheiten und jeder Preislage.

Elegante Kostüme aus Kollenne, Frotté, Leinen,  
Baum, Chemise, etc.

In großer Auswahl 18<sup>75</sup>, 29<sup>50</sup>, - 76.-

Seidene Mäntel u. Jacken aus Moiré, Taft etc.  
nach neuesten Formen 19<sup>75</sup>, 24<sup>50</sup>, - 45.-

Popeline-Mäntel u. Paletots in nur modernsten  
Formen 16<sup>75</sup>, 28<sup>25</sup>, - 33.-

Sportjacken u. Covercoat-Paletots,  
13<sup>50</sup>, 19<sup>75</sup>, 27.-, 34.-

Besonders billiges Angebot in Kinder- und  
Bachsch-Konfektion sowie in Röcken, Blusen etc.

Durch Selbstfabrikation in grossem Stil bin  
ich in der Lage, trotz der grossen Preissteige-  
rungen und Mangel an Stoffen ganz besondere  
Vorteile zu bieten.



Popeline-Mantel  
24<sup>50</sup>

Seiden-Mantel  
34<sup>75</sup>

# Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewosener Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 18-25 M., Serie II: 26-36 M., größtentheils auf Seide, Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide, jetzt nur 29-35 Mark. Extra-Angebot in Lombard gewosener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen.

Vorwärtsleser erhalten 10% extra.

Berliner, Redakt.: Alfred Dielepp, Rudolph. Inzeratenteil berantw. Th. Wied, Berlin, Druck u. Verlag: Hermann Dugot, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW., Druck 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Presstimmungen zur deutschen Antwortnote an Amerika.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ sagt am Schluß seiner Besprechung der Note:

Wir hoffen, daß die deutsche Antwortnote, wenn nicht den Präsidenten der Vereinigten Staaten, so doch das amerikanische Volk und seine parlamentarischen Vertretungen befriedigen wird.

Das „Berl. Tageblatt“ sagt, nachdem es den Inhalt der Note noch einmal kurz zusammenfassend wiedergegeben und die Hauptpunkte herausgehoben hat:

„Ueber dieses Dokument mehr zu sagen, scheint uns im Augenblick nicht angebracht. Die wir zu der ganzen Frage stehen, haben wir oft genug auseinandergesetzt. Wir wünschen der Deutschen Regierung bei, wenn sie erklärt, daß ein Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten nicht zu verantworten wäre, und wir müssen uns mit dem Ausdruck der Hoffnung begnügen, daß sie, mit den gewählten Mitteln, ihr vorgestelltes Ziel erreichen wird.“

Der nationalliberale „Deutsche Kurier“: „... Wenn wiederholten Durchlesen der Note zwingt sich der Eindruck immer härter auf, wie bitter schwer es der Reichsleitung geworden ist, den Amerikanern diese und keine andere Antwort zu geben.“

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ und die freisonserbative „Post“ vom Freitagabend finden noch keine Worte über die Note. Bemerkenswert dagegen die ihnen stammverwandte „Täg. Rundschau“:

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammern“ nur mit den gegebenen Tatsachen mich abfinden. Die Deutsche Regierung hat nach langen, gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen, und Pflicht des deutschen Volkes ist es, sich einheitlich hinter diese Entscheidung zu stellen.

Wenn der Staatssekretär aus dem Tabak die Summen herausholen wolle, wie in anderen Staaten, so werde er auch die Tabakindustrie auf die Stufe herunterdrücken, auf der sie sich dort befindet. Der Monopolgedanke werde von der Sozialdemokratie nicht prinzipiell abgelehnt. Gelingt es, die Arbeiterinteressen zu schützen, so werde sie nichts einzuwenden haben. Aber es handle sich um 48 000 selbständige Existenzen, die schadloß gehalten werden müssen. Ein Monopol würde auch nicht rasch Geld bringen. Zunächst müßte vielmehr Geld hineingesteckt werden. Die Stärkung des heimischen Tabakbaues sei zwecklos. Die Tabakfabrikation sei in Rücksicht auf die Geschmacksrichtung außerlands, den einheimischen Tabak im größeren Umfang zu verarbeiten.

Staatssekretär Helfferich: Er betrachtet die Brotlos- wendung von 10 000 Arbeitern nicht als Bagatelle, sondern habe sie als den natürlichen Rückschlag der aus dem Jahre 1909 vorausgegangenen Entwicklung behandelt. Die mit dem Kleinbetrieb verbundene Beschäftigung einer unverhältniß großen Zahl von Arbeitskräften in der Zigarettenindustrie sei volkswirtschaftlich nicht erfreulich. Nach dem Kriege werde man die Kräfte wirtschaftlich in höherem Grade ausnützen müssen. Aber er gebe zu, daß ein Monopol auf große Schwierigkeiten stoßen werde und daß man die Arbeitskräfte nicht plötzlich stark zurückschrauben könne.

Rüller-Pulda (Z.) freut sich über die Erklärung Mundts. Eine Verständigung werde bei allseitigem guten Willen möglich sein. Der Wehrbeitrag in der vorgeschlagenen Form sei freilich für ihn nicht recht verdaulich. An der Verschärfung der Kriegsgewinnsteuer wolle er gern mitwirken, denn fünf, sechs oder acht Prozent seien keine Steuerhöhe, wie man sie erwartet habe.

Wiemer (Sp.): Müller scheint grundsätzlich anzuerkennen, daß man nicht lediglich Verbrauchssteuern machen, sondern auch den Besitz belasten müsse. Die fortschrittliche Volkspartei ist bereit zu einer Verständigung, soweit es ihre Grundsätze gestatten. Von Wichtigkeit ist zu wissen, ob nicht binnen kurzem ein weiterer Eingriff in die Tabaksteuererhebung folgen werde. Kann keine Sicherheit gegeben werden, daß die Zigarettenindustrie auf längere Zeit in Ruhe gelassen wird, so wachsen die Bedenken gegen die Vorlage. Die Zigarette ist allerdings elastischer. Er glaubt, daß das Zigarettenmonopol kommt. Die Zigarettenindustrie aber dürfe nicht alle paar Jahre beunruhigt werden.

Staatssekretär Helfferich: Die Abgabe von der Zigarette sei ausdrücklich als Provisorium bezeichnet, die Neugestaltung der Zigarettenbesteuerung nicht. Er nehme an, daß die letztere in den Rahmen der künftigen Reichssteuer ohne wesentliche Änderungen eingefügt werde. Die Belastung sei so gewählt, daß man hoffe, in Zukunft damit auszukommen. Eine bestimmte Garantie könne er nicht geben. Das Beispiel des Wehrbeitrags zeige, was solche für die Zukunft gegebenen Zusagen zu bedeuten haben. Ost würden sie vom Reichstag selbst umgestoßen.

Bud (Soz.): Unter den Arbeiterorganisationen aller Richtungen bestehe Einigkeit im Sinne der Verwerfung der Vorlage. Eine Einigung müsse auch hier zu erzielen sein, aber auf anderer Grundlage, als die Vordrucker meinen. Die Budgetkommission sei in der Lage, die notwendigen Mittel durch Versteuern zu beschaffen. Redner weist auf die graphischen Gewerbe hin, die von der Steuererhöhung gleichfalls empfindlich betroffen würden und daher dieselbe einmütig bekämpfen.

Reher-Herford (nat.) will an die Beratung mit allem Vorbehalt heran. Wer wenn schon eine höhere Steuer notwendig sei, so sei die jetzige Zeit die geeignete. Die weisfällige Tabakindustrie betrachte die Vandalensteuer als das beste System. Er gebe aber zu, daß man nicht das System jetzt von Grund aus neu gestalten könne. Eine weitere Beunruhigung der Tabakindustrie in der Zukunft müsse unbedingt ausgeschlossen sein. Die Vorlage müsse ein Definitivum werden. Die Zigarette könne dagegen mehr tragen.

Staatssekretär Helfferich wiederholt die Erklärung, daß man bei der endgültigen Gestaltung der Finanzreform um den Tabak nicht herumkomme. Es handle sich also nur um eine Frage des Zeitpunktes. Was außerhalb der provisorischen Zigarettenabgabe geschehen solle, das sei in der Vorlage enthalten.

Raute (Soz.) legt nochmals ausführlich die Gefahren dar, die den kleinen Zigarettenfabrikanten aus der Steuererhöhung erwachsen. Das sei eine merkwürdige Mittelstandspolitik! Der Widerstand in der Bevölkerung sei größer, als verächtliche Vordrucker annehmen. Man gehe in der Bevölkerung davon aus, daß es die Pflicht der Regierung und der Großfabrikanten sei, die Kleinen möglichst zu verdrängen und so das Monopol vorzubereiten.

Sente (Soz. Arb.): Wenn es die Absicht der bürgerlichen Parteien sei, sich zu verständigen, dann wäre es am besten, die Beratung zu schieben. Die jetzige Zeit mit ihren unsicheren und unübersehbaren Verhältnissen sei die ungeeignete für die Steuererhöhung. Redner legt eingehend die ungedeckte Wirkung der Tabaksteuer dar. Mit dem Kapitalabfindungsgesetz wolle man neue Existenzen schaffen, mit dieser Vorlage werde man zahlreiche Existenzen zerstören. Die Kleinen Unternehmer, die im Felde stehen, haben nicht einmal die Möglichkeit, sich um die eigenen Verhältnisse zu kümmern und ihre Betriebe nach den neuen Steuerbestimmungen einzurichten. Für Unterhaltungen der arbeitslos werdenden Arbeiter müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Kiel (Sp.) weist auf die Kleinen Fabrikanten im Schützen- graben hin, die mit Recht verlangen können, daß man ihre Existenz nicht während des Krieges antaste. Der Zigarettenabgabe könne er zustimmen. Die Annahme der erhöhten Zigarettenbelastung halte er für ausgeschlossen.

Kretz (L.) empfiehlt wiederholt das Tabakmonopol, das zur Kräfteersparnis führen würde. Ueber die Frage einer Verständigung der Parteien unter der Voraussetzung der Annahme des Wehrbeitrags habe er mit seiner Fraktion noch nicht sprechen können. Er glaube aber nicht, daß seine Freunde auf diese Brücke treten werden. Er persönlich wünsche den Fortschrittler einen Wehrbeitrag, bei dem ihnen der letzte Wähler davonlaufe.

Deichmann (Soz.) widerspricht der Behandlung des Vordruckers, daß die Tabakarbeiter in der Kriegszeit 18 Proz. Lohn- erhöhung erzielt hätten. Im allgemeinen sei eine Lohnerhöhung von 5 Proz. durchgesetzt worden, es gebe aber viele Betriebe, die noch keinen kleinen Aufbesserung gewährt haben. In manchen Fällen seien 25, 50 oder 75 Pf. pro Tausend Zigaretten als Teuerungszulage bezahlt worden. Die Nebenbeschäftigung der Tabakarbeiter in der Landwirtschaft sei nicht so erfreulich, wie sie hier geschildert wurde. Sie schwäche das Gefühl der Zusammengehörigkeit und schädige die Gesundheit, was die Statistik beweise. Die Erklärung des Staatssekretärs biete keinerlei Gemühe für die Verdrängung des Tabaks bei der großen Finanzreform. Die Tabakindustrie sei schon durch die früheren Steuern aus den Städten auf das flache Land verdrängt worden. Diese Entwicklung werde durch die Vorlage weiter gefördert, und die Arbeiter würden noch mehr aus den Fabriken in die Hausindustrie abgedrängt werden. Wegen den Plan, die Zigarette nach dem Kriege sofort erneut zu belasten, wende sich die Zigarettenindustrie mit vollem Recht. Die Förderung des heimischen Tabakbaues hänge davon ab, ob ein zur Zigarettenfabrikation verwendbarer Tabak gebaut werde. Wenn man aber dem Tabakbau helfen wolle, dann sei es um so unerhörter, rückwärts einzugreifen in die Lebensinteressen von einigen hunderttausend Tabakarbeitern.

Damit schließt die allgemeine Beratung, die Einzelberatung beginnt am Dienstag.

Politische Uebersicht.

Ein Wirtschaftesplan.

Der offiziöse „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ schreibt:

„Seit einigen Wochen schon ist das Reichsamt des Innern beschäftigt mit der Feststellung der Grundlinien eines Wirtschaftsplanes für das Verbrauchsjahr 1916/17. Mit diesem Wirtschaftsplan kommen wir in die volle Systematik kriegswirtschaftlicher Versorgung und kriegswirtschaftlichen Verbrauches hinein. Was wir an Erfahrungen bisher gesammelt haben, wird auf seine Brauchbarkeit geprüft und verwertet werden. Manche Organisation und manche Anordnungen haben sich zweifellos bewährt und werden weiter als Grundlage auch des neuen Wirtschaftsjahres dienen können, andere wird man durch korrele Maßnahmen ergänzen und ändern müssen... Die Versorgung eines 70-Millionenvolkes grundlegend zu ordnen, ist an sich die gewaltigste Aufgabe, die jemals einer Bureaukratie gestellt wurde, um so mehr, als die Planlegung zu rechnen hat mit Lebensverhältnissen einer modernen hoch- expansiven Volkswirtschaft... Unter solchen Bedingungen vermag jede schematische Regelung und jeder Versuch einer starren Ordnung nicht zum Ziel zu kommen. So werden wir auch im kommenden Versorgungsjahr mit schwankenden Gestaltungen und ständigem Fluß der Dinge zu rechnen haben, aber die planmäßige Vorüberlegung stellt uns gegen Überraschungen sicher und bietet die Möglichkeit, schwerwiegende Fehltritte zu vermeiden.“

Es ist sicher erfreulich, daß die Regierung endlich, im dritten Kriegsjahr, einseht, daß die Lebensmittelversorgung systematisch geregelt werden muß. Die Erfahrungen, die mit dem bisherigen Sich-treiben-laffen gemacht wurden, sind ja auch bitter genug. Hoffentlich scheut die Regierung aber nicht vor dem „Zerweg der starren Ordnung“ so sehr zurück, daß sie auch jetzt wieder entscheidende Eingriffe zugunsten der Konsumenten unterläßt.

Bayrische Fleischversorgungsstelle.

Die bayerische Regierung hat die Monopolisierung des gesamten Viehverkehrs in Bayern einschließlich der Gruppenversorgung beschlossen und zu diesem Zwecke eine bayerische Fleischversorgungsstelle errichtet.

Ghetto-Politik.

Die „Kreuz-Ztg.“ veröffentlicht unter der Ueberschrift „Der Antisemitismus nach dem Kriege“ eine Zuschrift „aus dem Felde“, die sich scharf gegen die von dem bekannten Theologen Professor Martin Kade gestellten Forderungen wendet, im Namen der „Echtierung der Kirche“ nach dem Kriege eine andere Stellung zur jüdischen Frage einzunehmen. Von einer anderen Stellung der Kirche zum Antisemitismus und von einer Aufhebung des „wilden Gegenjahres“ zu den 600 000 jüdischen Mitbürgern will der Verfasser der Zuschrift nichts wissen, vielmehr stellt er die Gegenfrage: „Soll das deutsche Volk darauf verzichten, sich gegen das Ueberhandnehmen des ihm wesensfremden jüdischen Geistes zu wehren?“ Woraus wohl gefolgert werden darf, daß der Verfasser unbedingt für eine Verschärfung der antisemitischen Bewegung nach dem Kriege ist. Politisch aktueller ist indessen, was die Zuschrift über die ostjüdische Frage sagt, die, soweit die umfangreichen Ostnationsgebiete in Polen, Litauen und Aurland in Betracht kommen, zur Zeit aufgehört hat, eine inner-russische Frage zu sein. Kade hatte unter diesem Gesichtspunkt von der Aufgabe der Kirche dem Judentum gegenüber geschrieben:

„Diese Aufgabe wird um so dringender, als das polnisch-russische Judentum unseren Völkern jetzt viel näher gerückt worden ist. Es wird in unserer Sichtweite bleiben, und wir werden seine Existenz weiter spüren.“

Darauf bemerkt der Verfasser der Zuschrift an die „Kreuz-Zeitung“:

„Was damit gesagt sein soll, ist unklar; soll etwa gefordert werden, daß unsere Grenzen dem polnisch-russischen Judentum schrankenlos geöffnet werden? Da muß man denn doch sagen: es ist ein Glück, daß dieses Judentum unserem Volke einmal „näher gerückt“ worden ist! Millionen von deutschen Männern haben durch den Krieg Gelegenheit gehabt, die Judenfeindungen in Galizien und Polen eingehend kennen zu lernen, jeder wird den Eindruck gehabt haben, daß diese körperlich zurückgebliebenen, kulturell und moralisch tiefstehenden Leute (2) nicht zu uns gehören, und wird überzeugt sein, daß ihr Ueberhandnehmen in Deutschland für unser Volk ein Unglück wäre. Das wollen wir bei der Begründung von „Mitteleuropa“ ja nicht außer acht lassen.“

Falls die „Kreuz-Zeitung“ sich diese Anschauung der Zuschrift zu eigen macht — und diese Annahme liegt sehr nahe —, so wäre es recht interessant zu erfahren, wie das Blatt die von ihm vertretene Idee der Befreiung der unterdrückten Nationen mit der Forderung der Ausrichtung eines neuen Ghettos für die „besetzten“ Ostjuden — denn darauf läuft die Forderung der erwähnten Zuschrift hinaus — zu vereinbaren gedenkt.

Zur Polenfrage.

Einer Mitteilung des „Berliner Tageblatts“ zufolge antwortete der Minister des Innern auf eine Anfrage nach Gnesen, daß polnische politische Vereine weder aufgelöst noch suspendiert werden würden. Ihnen sei die Weiterarbeit nach polizeilicher Anmeldung gestattet.

Die Steuern auf dem Lande.

Der Ausschuß des Verbandes wirtschaftlicher Genossenschaften des Ermlandes in Ostpreußen berichtet:

„Es ist Tatsache, daß viele Sparer die Ersparnisse ihren örtlichen Kassenvereinen nicht anvertrauen wollen, sondern sie vielfach zu fremden Kassenvereinen und Banken tragen, wobei in letzterem Fall das auf dem Lande ersparte Geld ihm häufig genug entzogen und in andere Kanäle geleitet wird. Viel spricht hierbei die Scheu mit, daß auf den örtlichen Kassenvereinen die Nachbarn oder die Steuerbehörde von den Ersparnissen Kenntnis bekommen könnten.“

Die Vereinigung der Schwarzburgischen Fürstentümer.

Der Ausschuß der beiden Schwarzburgischen Landtage zur Beratung über die Vereinigung der Schwarzburgischen Fürstentümer zu einem Staate, der vom 1. bis 4. Mai in Arnstadt unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherrn v. D. K. e. e. tagte, hat über folgende Punkte eine Verständigung erzielt:

Die Tabaksteuer

im Steueranschuh des Reichstags.

In der am Freitag fortgesetzten allgemeinen Debatte erklärt Mundt (Z. Sp.), seine Freunde seien grundsätzlich der Meinung, daß die Lösung der Verbrauchssteuerfrage als zusammenhängendes Ganzes bis nach dem Kriege zu verschieben sei. Mit dem Gedanken der Besteuerung der Zigarette könnten sie sich noch eher befassen als mit der der Zigarette und des Tabaks. Den Wunsch des Zentrums, eine Verständigung der Parteien herbeizuführen, finde er begreiflich. Er erkläre darin den Verlust, Wirtschaftliche zu suchen für die Schaffung der Umsatzsteuer. Aber dann müsse das Zentrum auch den Gedanken anerkennen, daß neben dem Verlehr und Verbrauch auch der Besitz zu den Lasten beitragen müsse. Es müsse für den Wehrbeitrag stimmen und auch die Rechte für denselben gewinnen. Unter dieser Voraussetzung würden seine Freunde zu einer Verständigung bereit sein.

Solinski (Pol.): Bei der herrschenden allgemeinen Teuerung und bei den hohen Preisen des Tabaks hätten seine Freunde gegen die Vorlage große Bedenken. Die Einpfeinig-Zigarette, vielleicht sogar die Zweipfeinig-Zigarette würde mit Einführung der Steuer verschwinden. Kleine Geschäfte, die häufig von den Frauen von Kreis- teilnehmern geleitet werden, würden ruiniert werden. Es scheine, als ob die Regierung schon jetzt auf ein Tabakmonopol hinarbeite.

Staatssekretär Helfferich: Ueber die zukünftige Gestaltung der Reichsfinanzen lasse sich heute nichts sagen. Dazu hätte die Regierung noch nicht Stellung genommen, auch der Reichstag werde dabei mitreden wollen. Eine Garantie dafür, daß der Tabak größere Belastung tragen müsse als die jetzt vorgezeichnete, könne niemand geben. Die Geschäftsführung der Tabakversteigerungsgesellschaft ziele nicht auf das Monopol ab.

Mollenhuth (Soz.) setzt sich mit dem Staatssekretär auseinander wegen der Wirkungen der Tabaksteuererhöhung von 1909 für die Arbeiter. Die Hemmung der Tabakindustrie infolge dieser Steuererhöhung sei ganz unabweisbar. Die schlechten Löhne der Tabakarbeiter dürfe der Staatssekretär nicht daraus erklären, daß die Arbeiter nur teilweise im Verufe tätig seien. Die Verursachung rechnet durchweg mit Vollarbeitern, die je 300 Tage im Jahre beschäftigt werden. Der Staatssekretär betrachtet die zehntausend Arbeiter, die 1909 angefaßt wurden, als eine geringfügige Sache. Aber es handle sich da im Jahre um 30 Millionen Stunden Arbeitslosigkeit. Welche Summe von Not sei damit verbunden!

I. Der Ausschuss hält den Zusammenschluss für zweckmäßig und durchführbar und ist überzeugt, dass die einheitliche Verwaltung beider Länder organisatorische, finanzielle und andere Vorteile mit sich bringen würde. (Mit allen gegen eine Stimme angenommen.)

2. Zur Wahlrechtsfrage: Ueber das zu schaffende Wahlrechtsgesetz für das gesamte Fürstentum ist man der Ansicht, dass die beiden Landesteile durch die gleiche Zahl von Abgeordneten vertreten sein müssen (einstimmig angenommen) und dass nur eine Kammer zu wählen ist und dass die aus allgemeinen Wahlen gewählten Abgeordneten sich mit den auf anderer Grundlage berufenen die Wage halten müssen. (Mit acht gegen drei Stimmen angenommen.) Die Wiederwahl brachte mit zwei Stimmen einen Antrag ein, nach dem die Abgeordneten zu drei Vierteln der Sitze aus gleicher, direkter und geheimer Wahl hervorgehen sollen, während höchstens ein Viertel der Sitze auf anderer Grundlage berufen werden darf. (Abgelehnt mit 8 gegen drei Stimmen.) Der Ausschuss hält daher folgende Zusammensetzung des Landtages für empfehlenswert: vier vom Landesherren ernannte Mitglieder, 12 Höchststeuerernte, 16 Abgeordnete aus allgemeinen Wahlen auf Grund des gleichen und direkten Wahlrechts.

3. Zur Kammergutsfrage: Der Ausschuss ist der Ansicht, dass eine einheitliche Geltung des Rechts des Kammerguts für die Förderung des Zusammenchlusses notwendig ist. (Einstimmig angenommen.) Er hält in erster Linie die reale Teilung des Kammerguts zwischen Staat und Kammer für erstrebenswert. (Mit acht gegen drei Stimmen angenommen. Eventuell ist ein Entwurf zum Kammergutsgefech vorzulegen. (Einstimmig angenommen.)

4. Die Regierung soll nach Arnstadt kommen. Die Staatsregierung wird um Vorschläge eines Entschlusses für die durch diese Veränderung in Nachteil kommenden Städte ersucht. (Angenommen mit neun gegen zwei Stimmen.)

5. Zur Finanzfrage: Für die Vorbereitung der Finanzfrage bedarf es der Aufstellung eines Haushaltsplanes für beide Staaten nach gleichen Gesichtspunkten. Daher müsse ein Staatshaushaltsplan für das gesamte Fürstentum aufgestellt werden, aus dem auch zu ersehen ist, welche Folgen in finanzieller Beziehung diejenigen Ausgliederungen der Gesetzgebung haben würden, die mit dem Zusammenschluss billigerweise erwartet werden müssen. (Einstimmig angenommen.)

### Steuerfragen.

Zur Deckung des Fehlbeitrages im Bremischen Staatshaushalt müssen rund fünf Millionen durch Steuererhöhungen oder neue Steuern aufgebracht werden.

Für jetzt wird nur eine stärkere Anspannung der Einkommensteuer empfohlen. Dabei ist vorgesehen, durch einige ziemlich komplizierte Bestimmungen die schwächeren Steuerzahler weniger und dafür die stärkeren Einkommen etwas schärfer heranzuziehen. Trotzdem beträgt die Mehrbelastung der schwächeren Steuerzahler in der niedrigsten Steuerstufe 50 Pf., bei einem Einkommen von 1800 M. 1,50 M. und bei einem Einkommen von 2000 M. 2,25 M.

Dann sind noch progressiv gestaffelte Zuschläge vorgesehen, die aber erst bei einem Einkommen von mehr als 2800 M. beginnen.

Der Stadtgemeinde Bremen haben, wo durch den Krieg die ganze Schiffahrt daniederliegt, werden aus dem Ertrage der Staatseinkommensteuer 100 000 M. und der Stadtgemeinde Wega 20 000 M. überwiesen. Aus eigenen Einnahmen können diese beiden Städte die Fehlbeiträge ihrer städtischen Haushalte nicht mehr decken; wohl aber selbst mit argen Finanzsorgen belastete Staat Bremen helfend eingreifen.

Bei der Beratung des Haushaltsplanes der Stadt Kienburg wurde festgestellt, dass der Steuerfuß um 4 Termine und mit Einschluß des Kirchen- und Schuletats um 5 1/2 Termine für das Jahr 1916 erhöht werden müsse. Es handelt sich dabei nur um die laufenden Ausgaben, die durch die Kriegsvorderstände entstehen. Zur Deckung der eigentlichen Kriegsschulden sollen die stärkeren Einkommen herangezogen werden. Zu diesem Behufe wurde eine Kommission eingesetzt, die beraten soll, wie diese Steuern zu gestalten seien.

### Verbot des Alkoholkonsums in Warschau.

Der Generalgouverneur von Warschau hat eine Verordnung erlassen, wonach in Gast- und Schankwirtschaften Branntwein, Biere, Rum, Brandy, Cognac oder aus diesen Stoffen bereitete Getränke zum sofortigen Verbrauch weder an Militär- noch an Zivilpersonen entgeltlich oder unentgeltlich verabreicht werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Wochen allein oder nebeneinander bestraft. Außerdem kann die Entziehung der Konzession verfügt werden.

### Verbot des Malzhandels.

Das Reichsgesetzblatt bringt eine vom 4. d. M. datierte und mit dem gleichen Tage in Kraft tretende Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers über das Verbot des Malzhandels. Hiernach ist jeder, der Malz (Darmmalz) in Verkehr bringt, verpflichtet, die vorhandenen Mengen nach näherer Vorchrift binnen zwei Wochen seit dem 4. d. M. dem Deutschen Brauerbund in Berlin anzuzeigen. Auch beschlagnahmefrei geordnete Werke ist hierunter begriffen.

## Aus Industrie und Handel.

### Kriegsgewinne.

Die Sprengstoffwerke Wladau & Co. in Hamburg, die mit einem Kapital von 800 000 M. arbeiten, hatten neun Jahre lang keine Dividende verteilt. Für 1914 wurden, wie wir dem „Hamburger Echo“ entnehmen, 40 Proz. angesetzt. Die Dividende für 1915 lautet auf 80 Proz., sie beläuft sich aber tatsächlich auf 160 Proz., weil auf Antrag der Verwaltung beschlossen wurde, das Aktienkapital von 800 000 M. auf 600 000 M. zu erhöhen, und zwar durch Ausgabe von Gratisaktien, die bereits voll an dem Ertragsüberschuss des letzten Geschäftsjahres teilnehmen.

### Englische Kriegsgewinne.

Die „Tempus Shipping Company Ltd.“ in Cardiff, die fünf Dampfer von zusammen 15 400 Tonnen besitzt, gibt laut „Times“ von 29. April für die mit dem 31. März endenden 10 1/2 Monate einen Gewinn von 153 287 Pfund gegenüber einem solchen von 18 755 Pfund für das vorhergehende ganze Jahr bekannt. Die Gesellschaft hat ihre Dividende von 10 auf 20 v. H. erhöht, 80 000 Pfund für die Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer zurückgestellt, 20 000 Pfund zur Generalreserve überschrieben und 20 000 Pfund auf neue Rechnung vorgelassen. (2.)

### Die rumänische Auleihe.

Bukarest, 5. Mai. (W. L. O.) Auf die fünfprozentige in neue Auleihe wurden am gestrigen ersten Zeichnungstage im ganzen Land bereits 150 Millionen Lei, also der gesamte in Aussicht genommene Mindestbeitrag gezeichnet.

Gefahren für die Neufundländer Stockfischerei. Der bevorstehende Zug des Schiffsmanagers in Neufundland ist, wie das „United Empire“ (März 1916) berichtet, die Unmöglichkeit, genügend Kohlen für St. Johns zu erlangen, wo tatsächlich eine Kohlennot herrscht, während verschiedene größere Städte der Conception Bay ebenfalls Mangel leiden. Eine gleich große Schwierigkeit besteht in dem Mangel an Salz für die Fischereien. Der Neufundländer Stockfisch wird nur gefolgt verhandelt, und zu diesem Zwecke werden große Quantitäten Salz aus Sizilien und Spanien in Frühling und

Sommer eingeführt. Die durchschnittliche Jahreseinfuhr betrug 60 000 Tonnen oder etwa zwölf Dampferladungen. Jeder ernstliche Ausfall im Sommer wird der Ruin des Neufundländer Stockfischhandels sein, und das bedeutet normal etwa zwei Drittel der Ausfuhr.

## Aus Groß-Berlin.

### Polizei und Lebensmittelwucher.

Ein besonderes Kriegswucherdezernat hat vor einigen Tagen das hiesige Polizeipräsidium eingerichtet. Es untersteht der Abteilung IV des Polizeipräsidiums, der Kriminalpolizei und wird von Kriminalkommissar Schermer geleitet. Ihm sind für diese besondere Aufgabe eine Anzahl Beamte zur Verfügung gestellt. Das neue Dezernat geht auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Juli 1915, die die Hinterziehung von Nahrungsmitteln mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bedroht, mit aller Entschiedenheit vor. Gestern ertrappe es in den verschiedensten Stadtvierteln sechzehn Schlächtermeister bei der Hinterziehung erheblicher Vorräte, ließ diese sofort verhaften und schloß die Läden. Es sind darunter Schlächtermeister, deren Geschäfte seit Jahrzehnten bestehen, sich des besten Rufes erfreuten und ihre Anhaber zu wohlhabenden oder gar reichen Männern gemacht haben. Es wurden über 200 Zentner Schinken und Wurst beschlagnahmt, abgesehen von Dauerwaren in Speck und Wurst. Die Meister, die bisher rücksichtslos nur an ihre eigenen Taschen gedacht hatten, waren erschamt, als man jetzt endlich scharf eingriff, um auch für andere zu sorgen. Manche haben aber doch wohl schon geglaubt, daß die Zeit uneingeschränkter Ausbeutung der Bevölkerung jetzt vorbei ist und mit einem Verzicht der Polizei wohl schon gerechnet. Sie hatten ihre Vorräte in die Räume ihrer Privatwohnungen geschafft oder auch in leerstehende Wohnungen ihrer eigenen Häuser. So waren die Vorrätkräume leer geworden und wurden den Polizeibeamten bereitwillig gezeigt. Diese sehen sich aber nicht täuschen, suchen vielmehr gründlich alle Räume durch, die nur in Betracht kommen könnten. Bei einem Meister in Holensie entdeckte man im Schlafzimmer der Privatwohnung, das mit einer losbaren Einrichtung ausgestattet ist, unter seinen Spitzen und Seidenereien, die sich von Puff zu Puff ziehen, Dauerwurst und Schinken hängen, deren Fett auf den losbaren Teppich tropfte. Die ertrappten Meister, die in Gegenwart eines Beamten ihre Läden sofort öffnen und ihre Vorräte verkaufen mußten, bekamen nicht selten von der empörten Öffentlichkeit in derselben Wüsten heimgezielt, mit der diese Geschäftsleute das Publikum bisher zu bedienen beliebten. Das Dezernat beschränkt seine Untersuchungen nicht auf die Läden, die bisher noch geöffnet waren, sondern forscht mit derselben Gründlichkeit auch bei den Meistern nach, an deren Läden ein Schild mit der Aufschrift: Wegen Mangels an Waren geschlossen, oder wegen Einberufung geschlossen oder so ähnlich anhängt. Auch in solchen Läden sind größere Mengen Dauerwurst gefunden worden. Die Eigentümer lassen sie in der sicheren Voraussicht, daß sie immer noch höhere Preise erzielen werden, ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl hängen, bis sie ihre Zeit gekommen glauben. Es ist ein Kapital, das ihnen sichere Wucherzinsen trägt. Je schärfer das Vorgehen gegen dieses Treiben ist, desto mehr kann es der Anerkennung und des Dankes der Allgemeinheit sicher sein. Die Namen der ertrappten Schlächter werden amtlich veröffentlicht werden.

### Razzien der Polizei nach Speck und Fleisch.

Am Donnerstag wurden in Charlottenburg mehrere Schlächtergeschäfte durchsucht und die hier gefundenen Vorräte sofort zum Verkauf gestellt. In der Elaliger Straße in Berlin suchte die Polizei bei dem im Hause 97 wohnenden Schlächtermeister Höhne. Ueber diese Hausdurchsuchung berichtet das „Berliner Tageblatt“:

Die Hausfrauen in der Umgebung waren sich schon seit längerer Zeit darüber im Klaren, daß Höhne, der fast täglich größere Fleischmengen erhielt, aber so gut wie nichts in seinem Laden verkaufte, nach und nach gewaltige Fleischvorräte aufgestapelt haben müsse. Es war auch ein offenes Geheimnis, daß er viele Zentner von geräucherter Ware in einer geräumigen Bodenkammer verwahrte. Bei offener Fenster wurden von den Leuten aus den gegenüberliegenden Wohnungen ganze Reihen von geräucherter Schinken gesehen. Selbstverständlich hatte auch der Portier des Hauses von dem Vorhandensein dieser Waren Kenntnis. Als der Mann, ein Vater von mehreren Kindern, kurz vor Ostern seine Enderufung zum Heeresdienst erhielt, bat er den Schlächtermeister, ihm gegen Verjähmung des vollen Preises eine Wurst abzukaufen. Höhne lehnte dies jedoch kalten Herzens mit dem Bemerkten ab, daß er überhaupt keine Wurst besitze. Schnell erging es einer Gastwirtin, deren Mann auf kurze Zeit aus dem Felde auf Urlaub kam. Die Frau, die noch dazu eine ständige Kundin Höhnes gewesen war, hat, ihr wenigstens ein Pfund Schweinefleisch abzulassen, damit sie ihrem aus dem Felde heimgekehrten Mann eine Freude machen könne. Höhne erklärte auch hier, daß er keinerlei Fleisch auf Lager habe. Daß dies bewährtenfalls falsche Angaben waren, geht aus der Tatsache hervor, daß innerhalb der letzten vierzehn Tage zweimal hintereinander im Bodenkammer Höhnes eingebrochen und das eine Mal zwölf Zentner Wurst und Schinken und das andere Mal sechs Zentner Wurstfleisch gestohlen wurden. Höhne benachrichtigte auch die Polizei, die zwar den Tatbestand feststellte, aber damals die großen Vorräte, die sie in der Bodenkammer fand, nicht zum Verkauf bringen ließ. Gestern nachmittag hatte Höhne ein schweres Schwein vom Berliner Magistrat zum Verkauf überwiesen erhalten. Dies sahen verschiedene Hausfrauen, die jedoch, als sie den Laden betraten, mit der Vernehmung abgetrieben wurden, daß wenig Fleisch da wäre und daß es erst am Sonnabend verkauft werden solle. Empört hierüber liefen die Frauen zur Polizei und verlangten eine Durchsuchung, die auch sofort vorgenommen wurde. Das Ergebnis war überraschend. Im Keller und auf dem Dachboden wurden große Vorräte von Wurstfleisch, Schinken, Speck, Wurst, verschiedene Käse, Schmalz und Minderzalg gefunden. Sämtliche Waren — es handelt sich um viele Zentner — wurden sofort nach dem Laden gebracht und unter Aufsicht der Polizei gestern nachmittag zwischen 8 und 9 Uhr verkauft. Dabei stellte sich heraus, daß der Salz zum großen Teil bereits verdorben war, so daß ihn die Hausfrauen zurückbrachten. Die Vorräte, die die Polizei fand, waren so groß, daß sie gestern abend in den drei noch zur Verfügung stehenden Stunden nicht ganz verkauft werden konnten. Der Rest wurde deshalb gestern abend beschlagnahmt und kommt morgen unter polizeilicher Aufsicht zum Verkauf. Selbstverständlich zu den vom Magistrat festgesetzten Preisen.

Damit ist jedoch das Schuldkonto Höhnes noch nicht erschöpft. Es wurde ermittelt, daß er in seiner Privatvilla in Eichwalde noch sehr erhebliche Mengen von Fleisch- und Wurstwaren verborgen hält. Diese werden nach im Laufe des heutigen Tages abgeholt und morgen ebenfalls unter polizeilicher Aufsicht zum Verkauf gebracht werden.

Eine weitere Beschlagnahme von erheblichen Mengen Wurst wurde gestern nachmittag in einem Schlächterladen des Nordens vorgenommen. Der Schlächtermeister Joseph Paulus, Görner Str. 45, hatte sein Geschäft bereits vor vierzehn Tagen geschlossen unter der Angabe, daß er keine Fleischvorräte mehr habe. Die Kriminalpolizei

stakete ihm trotzdem einen Besuch ab und fand nicht weniger als 20 Zentner Dauerwurst bei ihm.

Der „Täglichen Rundschau“ wird geschrieben: „Ein Schlächter in der Kolonnenstraße zu Schöneberg, in dessen Laden seit mehr als zehn Tagen kein Fleisch mehr zu sehen war, verläuft plötzlich über den Boden und „ausländische“ Wurst. Man fragt sich unwillkürlich, wo hat er denn die auf diese Weise verarbeiteten Mengen her? Auf der Straße erzählt es einer dem anderen: es ist gar nicht anders möglich, als daß er das Fleisch zurückgehalten hat, bis es zu verderben drohte. Und da er es nicht verkaufen wollte, verarbeitete er es eben auf besagte Weise. Leider läuft ihm das Publikum diese verdächtige Ware auch noch ab! Und der Schlächtermeister läßt sich ins Häufchen. Es ist doch ein höchst merkwürdiger Zustand, daß die Polizei nichts von dem weiß, was sich alle Leute auf der Straße erzählen, und daß es überhaupt erst der Mahnung zur Nachprüfung bedarf.“

Dazu bemerkt das Blatt:

Nach siebenmaligen telefonischen Anruf des zuständigen Polizeireviere ist es uns glücklich gelungen, zu erfahren, daß eine Hausdurchsuchung in dem betreffenden Geschäft stattgefunden und keine Vorräteutage festgestellt hat. Es ergibt sich also die Preisfrage: wie kann ein Schlächter, dem keine Rinder geliefert werden, Wurstfleisch machen? An dieser Frage wird sich wohl mancher den Kopf zerbrechen.“

Offentlich schafft jetzt das neu eingerichtete Kriegswucherdezernat Abhilfe. Die neueren energischen Zugriffe scheinen eine Änderung des bisherigen Zustandes zu bedeuten.

### Höchstpreise für Kalb- und Hammelfleisch.

Der Magistrat Berlin hat sich in seiner gestrigen Sitzung eingehend mit der Frage der Fleischüberverfügung beschäftigt. Es wurde beschlossen, daß alles von den Viehhandelsverbänden angeforderte, auf Berlin entfallende Vieh, und zwar Schweine, Rinder, Kühe, Hammel unter Ausschaltung der Großschlächter von der Gemeinde Berlin übernommen und von dieser unmittelbar an Lebensschlächter bezogen. Marktstellenstände abgegeben wird. Hand in Hand geht eine der Interessen der Restauratoren und Hotels bezug. In Anbetracht der gegenwärtigen Verflechtungsmöglichkeit berücksichtigende Regelung. Ferner ist der Verkauf durch Verordnung dem Versand von Fleisch aus Berlin nach auswärts zu verbieten. Es wird weiter in Berlin die Herstellung anderer Wurstarten als Bratwurst, Brühwurst, Leberwurst und Blutwurst untersagt werden; es soll dadurch die Einschränkung der Verarbeitung von Fleisch zu Wurst in Berlin erzielt werden. Endlich hat sich der Magistrat für Festsetzung von Höchstpreisen für Kalb- und Hammelfleisch entschieden. Die Preise für die Abgabe an den Verbraucher sind die folgenden:

- A. Kalbfleisch.
1. Fleisch nächster Rinder: 1/2 Kilogramm für Rücken und Keule mit Hagen . . . 1,80 M. für die übrigen Teile . . . 1,70
  2. Fleisch von jungen und älteren Saugkälbern: 1/2 Kilogramm für Rücken und Keule mit Hagen, Brustspitze ohne Kadbrust und ohne Dämmung 2,00 M. die übrigen Teile . . . 2,10
  3. Fleisch schwerer Mastkälber und Doppellender: 1/2 Kilogramm für Rücken und Keule mit Hagen, Brustspitze ohne Kadbrust und ohne Dämmung 3,00 M. die übrigen Teile . . . 2,90
- Schieres Kalbfleisch ohne Knochen . . . 3,00
- Die unter 8 festgesetzten Preise gelten nur bis Ende dieses Monats.

### B. Hammelfleisch.

1. Für fettes Hammelfleisch von Mastlammern und Masthammel: 1/2 Kilogramm Keule, Rücken, dicke Rippe . . . 3,20 M. Dämmung, Hals, Vorderbein . . . 2,80
2. Mageres Hammelfleisch von Schafen und Wöden, auch mageren Lämmern und Hammeln: 1/2 Kilogramm Keule, Rücken, dicke Rippe . . . 2,60 M. Dämmung, Hals, Vorderbein . . . 2,10

Es sind ferner Großhandelshöchstpreise für Kälber- und Hammelfleisch festgesetzt.

Die festgesetzten Preise sind noch außerordentlich hoch. Sie treten aber erst endgültig in Kraft, wenn der Oberpräsident seine Bestätigung erteilt hat. Offentlich braucht die Bestätigung nicht wieder, wie beim Rindfleisch, 14 Tage, ehe sie erfolgt.

### Erschwerte Selbsthilfe gegen den Lebensmittelwucher.

Der amtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ hat kürzlich die Bevölkerung zur Selbsthilfe gegen die Lebensmittelwucherer aufgefordert und darauf hingewiesen, daß jedesmalige Anzeige bei verdächtigem Lieberworteilung sehr wirksam sein werde. Wie diese Selbsthilfe sich aber in der Praxis häufig gestaltet, wird in einer Zuschrift an Berliner Blätter geschrieben. Dort heißt es:

Meiner Frau wurde dieser Tage (Schlankweg von Ihrem Lieferanten erklärt: „Ja, wenn Sie den verlangten Preis nicht zahlen wollen, können wir Ihnen nichts verkaufen.“

Darauf beschriebliche ich, gegen den betreffenden Fleischmeister mit einer Anzeige einzuschreiten. Der Verlauf der Sache war der, daß meine Frau:

1. auf das Polizeirevier gehen mußte, um die Anzeige zu erstatten (Zeitverlust eine Stunde).
2. auf das Charlottenburger Polizeipräsidium zur Vernehmung beordert wurde (Zeitverlust eine Stunde).
3. zur Vernehmung vor das königliche Amtsgericht Charlottenburg geladen wurde (Zeitverlust drei Stunden).
4. vor das Militärgericht in der Prinz-August-von-Württemberg-Straße zur Vernehmung geladen wurde (Zeitverlust drei Stunden).
5. zur nochmaligen Vernehmung vor dasselbe Gericht geladen wurde (Zeitverlust drei Stunden).

Endresultat, der Befehl vom 25. April 1916: „Der Termin, der am 27. April anberaumt wurde gegen den Metzler, Fleischmeister R. R. wird hiermit aufgehoben.“

Das ist ein Fall, wie die Selbsthilfe des Publikums erledigt wird, und solche Fälle existieren nach meiner Erfahrung hunderte. Nun frage ich, ob man den Hausfrauen unter diesen Umständen zumuten soll, den von mir beschriebenen Weg über einzuschlagen oder aus Bequemlichkeit die geforderten Mehrpreise den Händlern zu bezahlen?

Daß bei solchen Erfahrungen das kaufende und überborteilte Publikum sich nur selten entschließt, Anzeige zu erstatten, ist mehr als verständlich. Wer hat denn so viel Zeit übrig, um jenen ganz außerordentlich langwierigen und zeitraubenden Instanzenweg bis zu Ende zu gehen, zumal wenn dann noch ein anderes Endergebnis dabei herauskommt? Wenn das nicht anders wird, hat es wenig Zweck, daß die amtlichen Stellen diesen Weg immer wieder als besten und wirksamsten bezeichnen. Jetzt, wo die Zustände dahin gekommen sind, daß man sich endlich gezwungen sieht, energischer einzugreifen, findet man die Wucherer, Preistreiber, Lebensmittelzurückhalter und ähnliches Geschlecht plötzlich auch und faßt sie auf einem kürzeren als dem oben beschriebenen Instanzenweg. Deshalb ist das aber nicht längst geschehen?



# A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Rotfuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Gem. Marmelade  
III. Sorte 50 Pf.

Kabeljau  
ohne Kopf  
98, 1.10

Schollen  
Pfund 45 Pf.

Schellfische  
Pfund 95 Pf.

Schnittlauch  
Bund 4 Pf.

Büeklinge  
2 Stück 35 Pf.

Frische Eier  
Stück 20,22 Pf.

## Lebensmittel

Verkauf nicht an Wiederverkäufer

Soweit Vorrat

Pudding-Pulver  
leicht gekocht  
Paket 10,12 Pf.

Kunsthonig  
Pfund 48 Pf.

Salzheringe  
Stück 6,12 Pf.

**Obst**  
Apfelsinen 1.10, 1.45  
Zitronen Dutzend 48, 55 Pf.  
Musäpfel ..... Pfund 38 Pf.  
Gr. Essäpfel ..... Pfund 45, 55 Pf.  
Datteln ..... Pfund 1.10

**Gemüse**  
Rhabarber Band 10, 14 Pf.  
Spinat ..... Pfund 40 Pf.  
Rettige ..... Stück 15 Pf.  
Radleschen ..... Band 10 Pf.  
Salat ..... Kopf 10 Pf.

**Stangenspargel** 1.45 1.70 1.85  
1/2 Dose mittel 1/2 Dose stark 1/2 Dose

Heringe  
in Gelee Dose 88 Pf.

Heringe  
in Tomaten Dose 1.10

Bratheringe Dose 1.10

Bismarekheringe Dose 1.10

Sardinen  
in Öl Dose 68,98 Pf.

**Schulschürzen**  
Kinderschürzen schwarz mit Ansatz und Bindeband, reich garniert ..... 3.45 3.95  
Kinderschürzen schwarz m. Faltenansatz, Bindeband und Tasche, hübsch garniert ..... 3.75 4.25  
Kinderschürzen mit Faltenansatz und Bindeband, modern garniert ..... 2.65

### Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
Görlitzer Viertel, Bezirk 162.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin  
**Frau Marie Mauritz**  
Wiener Str. 14  
gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
Straßauer Viertel, Bezirk 326.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau  
**Ida Kolodzeike**  
Gubener Str. 25  
gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Kranken-, Sterbe- u. Zuseherkassen für mündl. Personen aller Berufe Groß-Berlin.**  
Am 3. Mai verstarb unser Mitglied  
**Hermann Kruse**  
(Quittmacher).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Zions-Richthofes, Nordend, aus statt.  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Vorwärtsgasse Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser  
**Alfred Haase**  
Kantstr. 50  
am 1. Mai gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 6. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Friedhofes in der Prentelwalder Straße aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser  
**Adolf Bahn**  
Graunstr. 27  
am 1. Mai gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 6. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Friedhofes in der Prentelwalder Straße aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Heizungsmonteur  
**Robert Hasemann**  
Röllstr. 163a  
am 3. Mai gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium, Gerichtsstraße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und schönen Blumenpenden bei der Beerdigung meiner geliebten Frau  
**Luise Nehmsch**  
sage ich allen Kollegen, Verwandten und Bekannten, Genossen und Genossinnen meinen innigsten Dank.  
Der trauernde Gatte  
**Robert Nehmsch**, Gekirch, Ewinemänder Str. 51. 10634

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Nachruf.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechslerlehre  
**Friedrich Schneider**  
am 2. d. Mts. im Alter von 73 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
64/13 Die Bezirksverwaltung.

**Verband der Sattler und Portefeuillier.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Sattler  
**Erich Kortum**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Sonntagabend, den 6. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Friedhofes in Köpenick, Röllstraße 142/150, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Sattler  
**Roman Chrzanowski**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
157/16 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Tochter, unserer guten Schwester sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie dem Chef und Personal der Firma Bloch, insbesondere dem Genossen Max Schäfer unseren innigsten Dank.  
**Alfred Schröder**  
nebst Kindern.

Allen lieben Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter  
**Marie Mauritz**  
geb. Damrow  
nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.  
Dies zeigen tiefbetruert  
**Alfred Mauritz** als Gatte,  
zurzeit im Felde,  
Familie W. Damrow,  
Johndorf.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus um 4 Uhr statt.

**Stotterer.**  
Berlangen Sie kostenl. Ausführungsprospekt. G. Naackel, Neuföln, Neckerstr. 5. 144/5

Am Mittwoch, den 3. d. M., abends, kurz nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser geliebter Vater, Schwieger-, Großvater, Onkel und Schwager, der Quittmacher  
**Hermann Kruse**  
im 65. Lebensjahre.  
Tieferschüttert zeigen dies hierdurch an  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Berlin, den 5. Mai 1916.  
Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 7. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Zions-Richthof in Nordend von der Halle aus. 6566

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pf.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und die schönen Kranzpenden beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters  
**Friedrich Richter**  
sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Vorstand der Ethnographen, Steinbruder und verwandten Berufe unseren innigsten Dank.  
**Wwe. Emilie Richter**  
nebst Kindern.  
**Spezialarzt**  
Dr. med. Weckenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.  
Sprechstunden: 10-1 und 5-8

## Billige Preise!!!

**Modell-Kostüme**  
aus Taffel, Kolonne, welche Seide, prächtige Exceplare, Ersta für erste Mode-Werkstätten (Atelier-Arbeit), gezeugene Röcke mit Ansatz, das Herrlichste auf dem Gebiete, Kammgarn, Gbadine  
289,- 156,- 127,- 94,- 63,-  
Wunderbare Kostüme in vornehmen Ausführungen, Jugendformen,  
49,- 38,- 25,- 22,- 18,-

**Prachtvolle Seidenmäntel,**  
glatt, gezogen, lang, halblang aus wunderbarer Seide, blau, braun, weinrot, grün, gold, schwarz, auch wasserdichte Ersatz für Seidengummil, in übermässiger Auswahl  
12,- 18,- 24,- 30,- 36,-  
Gloriamantel, Taffel, Alpaka  
lang 29,- 26,- kurz 22,- 19,- 16,-

**Die schönsten Gummimäntel**  
mit passender Kappe aus Seide, Kammgarn, Popeline, in Qualitäten in blau, grün, braun, weinrot, lila, entzückend aufgemacht, Gleichschulter  
60,- 52,- 43,- 38,- 31,- 29,-  
Einfaße, gediegene Stabmäntel, Gummimantel  
24,- 20,- 18,- 15,- 13,-  
Modell-Röcke 25,- Taffel, Wolle, 15,-  
Meine Loden-Angebote!  
Lodenmäntel, wasserdicht, 27,- 20,- 15,-  
Loden-Kostüme 45,- 32,- 27,-

**Melns Winter-Angebote!!!**  
Prachtvolle Seidenplüschmäntel auf La Blumenseide (Damasche), Glockenschulter, auch glatt  
130,- 102,- 85,- 69,-  
Echter Pelzmantel, Ness mit Hermelin 450,-  
Echter Fuchsmantel mit Iltis 275,-  
Kurze Pelzjackets, einzelne Modelle 75,-  
Pels-Garnituren, Fuchs, Stimmarder, Skunks zu billigen Preisen.  
Ulster, weiche, mollige Qualitäten  
45,- 35,- 25,- 21,- 15,-

Auswahlbedingungen nach ausserhalb gegen Anzahlung  
Sonntags geöffnet 8-10 Uhr.  
Stärkste Figuren finden Passendes in allen Abteilungen

I. Geschäft: Mohrenstraße 5a (Kolonnaden)  
II. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

## Westmann

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Tragt  
**BRAUNE SALAMANDER**

**Salamander Schuhges. m. b. H. Berlin**  
Zentrale Berlin W. 8, Friedrichstraße 182.



JOE LOE

Keine Sonntagsarbeit in Bäckereien.

Der Verband der Bäcker und Konditoren hat in seiner Mitgliederversammlung am Mittwoch beschlossen, eine Eingabe an das Polizeipräsidium zu richten, worin die Behörde ersucht wird, die Sonntagsarbeit in den Bäckereibetrieben zu verbieten. Das Gesuch wird damit begründet, daß bei der schon seit einiger Zeit herrschenden Mehlknappheit die Arbeitszeit der Bäcker in der Woche nicht einmal voll ausgenutzt werden kann. Die Sonntagsarbeit ist deshalb nicht nur unnötig, sondern sie stellt eine nutzlose Verschwendung von Beleuchtungs- und Feuerungsmaterial dar. In einer Anzahl von Bäckereien in Berlin haben die Arbeiter schon durch Vereinbarungen mit den Unternehmern die Sonntagsarbeit eingestellt. Eine möglichst weite Ausdehnung und Vermehrung derartiger privater Vereinbarungen wird angestrebt, damit möglichst ein Zustand geschaffen werde, der die allgemeine Abschaffung der Sonntagsarbeit durch Polizeiverordnung erleichtert. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, wird das Publikum durch den gänzlichen Fortfall der Sonntagsarbeit nicht den geringsten Nachteil haben. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß es die Berliner Bäckermeister durchgesetzt haben, ihre Geschäfte des Mittags zwei Stunden zu schließen. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Bäckereien weniger Abfall, also weniger Arbeit haben, und deshalb die zurzeit auf fünf Stunden bemessene Sonntagsarbeit ganz gut entbehren können. Die der Verbandsvorsitzende Alimann-Hamburg ausführte, haben die Bäckereien in vielen Städten des Reiches, besonders in Bayern, im Laufe des Krieges die Sonntagsarbeit gänzlich eingestellt. Ein behördliches Verbot der Sonntagsarbeit würde also für einen erheblichen Teil des Bäckergewerbes nicht Neues schaffen, sondern nur einen schon bestehenden Zustand festlegen und damit allen Verursachungsgehörigen den freien Sonntag gewährleisten. Seit Jahren ist es eine der wichtigsten Aufgaben des Verbandes, bei Abschluß von Tarifverträgen den Arbeitern einen freien Tag in jeder Woche zu verschaffen. Auf diese Weise haben gegen 11 000 Bäckergehilfen schon vor dem Kriege den freien Tag bekommen. Diese Zahl würde sich seitdem bedeutend vermehrt haben, wenn nicht der Krieg dazwischengekommen wäre und die gewerkschaftliche Tätigkeit behindert hätte. Jetzt ist die Möglichkeit gegeben, im Wege der behördlichen Verordnung den Ruhetag einzuführen, der unter anderen Verhältnissen im Wege privater Vereinbarung durchgeführt worden wäre. Wenn sich noch ein Teil der Bäckermeister gegen ein Verbot der Sonntagsarbeit sträuben sollte, so sind nicht sachliche Gründe dafür maßgebend, sondern nur kleinliche persönliche Interessen können für die Beibehaltung eines unzeitgemäßen Brauches ins Feld geführt werden. Die persönlichen Wünsche und Interessen einzelner müssen aber hinter dem Interesse der Allgemeinheit zurücktreten und dies erfordert Abschaffung der Sonntagsarbeit im Bäckergewerbe.

Aus der Partei.

Des Rätsels Lösung.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: Wir teilten vor einigen Tagen mit, daß die Baumeisterische „Internationale Korrespondenz“ von Karlshorst bei Berlin nach Berlin, Lindenstraße 2, verzoogen ist. Mit einem Hinweis auf die Nachbarschaft des Vorwärtsgebäudes (Lindenstraße Nr. 3, wo auch der Parteivorstand sitzt und das offizielle Organ des Parteivorstandes erscheint, die frühere Parteikorrespondenz), bemerkte die „I. K.“: „Es wird dadurch in Zukunft möglich sein, unseren Lesern besser und schneller zu gestalten.“ Wir sagten dem zu, daß wir das begriffen und uns nur die Bemerkung gestatteten, daß der nach Baumeisters Versicherung nebenamtliche Betrieb sich trotz aller Klagen sehr einträglich gestalten müsse, ansonsten eine Verlegung in eins der teuersten Geschäftsviertel Berlins doch gar zu riskant wäre. Die sonst so redliche Baumeisterische Korrespondenz hat dazu geschwiegen. Doch löst sich das Rätsel leicht, wenn man die Beziehungen zwischen den Leuten der „I. K.“ und den Herausgebern der „Fackel“ kennt. Dieses Agitationsorgan für die Landesbevölkerung der Provinz Brandenburg ist seit kurzem zu einem Organ der Berliner Fraktionsmehrheitspolitik umgestaltet und neu herausgegeben worden, nachdem es sein Erscheinen bei Ausbruch des Krieges eingestellt hatte. Die Verbreitung dieses „Agitations“organs besorgt jetzt nämlich — die Baumeisterische „Korrespondenz“. So verhielt sie auch heute wieder die Nummer 4 des Blattes, das auf seinen acht Seiten lebhaft wütende Angriffe auf die Linke in der Partei enthält, wobei die schäblichsten Mittel gerade recht sind. So wird von Herzfeld gesagt, er stelle sich „neben Herrn v. Dohdebrand schüßel vor den Geldsack der Besitzenden“. Was als Weispiegel für die Methoden der jetzigen „Fackel“-Redaktion und ihrer Hintermänner genügen mag. Der jetzige Charakter der „Fackel“ erklärt aber auch die intimen Beziehungen zwischen ihr und den Leuten von der „I. K.“. Und da die „Fackel“, redigiert von Otto Wels, Lindenstr. 8 erscheint, so ist es auch verständlich, daß der Angestellte der Generalkommission E. Baumeister, dessen Bureau doch wohl sonst in den Räumen der Generalkommission (Engelauer 15) zu finden ist, seine „private Korrespondenz“ ausgerechnet nach Lindenstr. 2 verlegt. „Küwo er seinen“ Verlesenen „besser und schneller zu gestalten vermag.“ Wir können diese Darstellung nur bestätigen, da auch uns die „Fackel“ durch die „I. K.“ zugefleißt wird.

Weitere Drangsalierung der Hamburger Jugend.

Wir teilten im März mit, daß Gewerkschaftsrat und Landesorganisation beschlossen hatten, die Tätigkeit der Jugendorganisation vorläufig einzustellen. Infolgedessen wurden die Jugendheime geschlossen. Die Jugendlichen waren aber mit dem Beschluß nicht einverstanden und daher eifrig bemüht, ihre Bewegung aufrechtzuerhalten. Partei- und Gewerkschaftsleitung setzten jedoch der Arbeit des neugebildeten Jugendbundes Widerstand entgegen und beschloffen, den Jugendlichen die Räume des Gewerkschaftshauses zu sperren, da es sich um eine Sonderorganisation handle; ferner wurde ein Bildungsausschuß eingesetzt, der zum 30. April eine Veranstaltung im Gewerkschaftshaus arrangierte. Die Jugendorganisation wollte den Besuch dieser Veranstaltung nicht empfehlen, und das „Hamburger Echo“ sah sich darauf veranlaßt, der Jugendorganisation den Sprechsaal und den Anzeigenteil zu sperren. Die Jugendlichen sind dadurch der Möglichkeit beraubt, ihre Veranstaltungen im „Echo“ bekannt zu geben.

Der 1. Mai im Ausland.

In der Schweiz fanden, wie üblich, am 1. Mai in allen Orten Festversammlungen und Demonstrationen statt. Wie die Schweizer Parteipresse berichtet, war die Beteiligung eine weit regere als im Vorjahre.

In Italien verlief die Reise nach den Berichten aus den großen italienischen Städten ruhig und trug den Charakter eines gewöhnlichen Feiertags. Abends wurde die Bedeutung des Tages in kleinen Versammlungen durch die sozialistischen Redner in etwas referiertem Tone als gewöhnlich gefeiert. Ein kleiner Zwischenfall ereignete sich nur in Mailand, wo eine Anzahl Frauen auch am Montag wieder auf dem Domplatz mit dem Rufe: „Es lebe die sozialistische Revolution; es lebe die Internationale!“ zu demonstrieren versuchten. Durch Vornahme einiger Verhaftungen wurden weitere Kundgebungen verhindert. Die Manifestnummer des „Avanti“ ist stark genstert worden. Sie enthält ein großes symbolisches Bild, das organisierte Proletariat darstellend, das in Gestalt eines Arbeiters dem Fabrikschlot entsteigt, um die Arbeiterschaft der internationalen Sozialisten, den „Avanti“, in die Welt zu streuen. Ferner bietet das Blatt die am Karfreitag geschriebene „Odhme an die Freiheit“ Momatu Hollands mit einem Bilde des Dichters. Der Inseratenteil enthält die Manifestwünsche der sozialistischen Vereine an ihre Mitglieder. Alle Hinweise, die sich auf den Krieg oder den Wunsch nach einem baldigen Friedensschluß beziehen, hat die Zensur ausgeföhrt.

Aus Frankreich liegen genaue Berichte über den Verlauf des Tages noch nicht vor. Die Union des Syndicat der C. G. T. (Confédération Générale du Travail) beschloß, aus Gründen der Kriegsführung den 1. Mai nicht zu feiern. Für den Abend waren zahlreiche Arbeiterversammlungen angekündigt.

Die Gewerkschaftsunion der Arbeitergruppe in Madrid veranstaltete am 1. Mai eine bedeutende Kundgebung in den Hauptstraßen der Stadt Madrid.

In Bukarest (Rumänien) haben die Sozialisten am Montag eine öffentliche Versammlung abgehalten, an welche sich Straßenkundgebungen gegen den Krieg angeschlossen. Es ereigneten sich keinerlei Zwischenfälle.

Gerichtszeitung.

Darf die Polizei öffentliche Versammlungen verbieten?

Eine sehr interessante Rechtsfrage wurde gestern vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelt.

Es lagte Genosse Stadthagen gegen den Oberpräsidenten v. Dichtenberg und der befristenden Bescheide des Berliner Polizeipräsidenten und des Oberpräsidenten. Stadthagen hatte auf Grund der Verordnung des Oberbefehlshabers vom 31. Juli 1914 bei der Dichtenberger Polizei die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung mit dem Thema „Sticht die Presse unter Polizeiaufsicht?“ nachgesucht. Die Genehmigung wurde versagt, die dagegen eingelegten Beschwerden verworfen. Der Kläger machte geltend, die Polizeibehörde ist nicht berechtigt, aus eigenem Recht die Versammlungsgenehmigung zu versagen; hierzu sei nur der Oberbefehlshaber oder die Polizeibehörde auf Grund seiner Anordnung in seinem Auftrag berechtigt. Der Oberpräsident und die Polizeibehörden hatten zugegeben, daß sie nicht im Auftrage, sondern aus eigenem Recht die Versammlung verboten hätten. Auch hatten sie zugegeben, daß die Voraussetzungen des § 1 Abs. 2 des Vereinsgesetzes nicht vorgelegen haben. Der Oberpräsident führte aus, das Vereinsgesetz sei durch Aufhebung des Artikels 29 der preussischen Verfassung für die Dauer des Belagerungszustandes außer Kraft gesetzt. Der Oberbefehlshaber habe durch seine Bekanntmachung die vollziehende Gewalt den Polizeibehörden übertragen; diese seien daher berechtigt gewesen, aus eigenem Rechte zu handeln. Demgegenüber führte der Kläger aus: Das Vereinsgesetz ist keineswegs aufgehoben, vielmehr nach § 24 nur die Landesgesetzlichen Vereinsvorschriften. Wohl aber hat der Oberbefehlshaber das Recht, auch Angelegenheiten, die das Vereinsrecht betreffen, durch Verordnungen zu regeln. Solche Verordnungen seien mehrfach erlassen; es rechne hierzu die Verordnung vom 31. Juli 1914 sowie die neuere Verordnung vom 19. März 1916, die anstelle einer älteren Verordnung vom 8. November 1915 getreten ist. Diese Verordnungen seien auf Grund des § 9b des Belagerungszustandsgesetzes im Interesse des Staats und der öffentlichen Sicherheit erlassen. Einzureichen sei die Nachsicherung der Genehmigung bei der Polizeibehörde. Diese habe dann den Antrag dem Oberbefehlshaber zu übermitteln und dieser habe selbst zu entscheiden. Der Oberbefehlshaber habe tatsächlich seine Befugnis keineswegs den Polizeibehörden übertragen, das ergebe der Wortlaut der Verordnung und die Praxis in mehreren Fällen, in denen der Oberbefehlshaber, nachdem die Polizeibehörden das Gesuch ihm übermittelt hatten, die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung erteilt habe, teilweise unter dem Vorwande, daß ihm erst das Manuskript oder die Disposition überreicht werde. Der Oberbefehlshaber sei auch keinesfalls berechtigt, etwa seine Befugnisse einer Polizeibehörde zu übertragen. Dem widerspreche der allgemeine Staats- und verfassungsrechtliche Grundsatz, daß keine Behörde ihr Recht, das zugleich ihre Pflicht umschließt, einer anderen Behörde übertragen dürfe. So habe stets das Oberverwaltungsgericht, das Kammergericht und das Reichsgericht entschieden. Gerade rüchlich der Rechte des Oberbefehlshabers habe das Reichsgericht zum Beispiel unter dem 8. Oktober 1915 und unter dem 28. Dezember 1915 mit aller Deutlichkeit erklärt: Die außerordentliche Rechtvollkommenheit der Militärbehörden gemäß § 4 und 9b des Gesetzes und seine persönliche Verantwortlichkeit schließe das Recht einer Übertragung seiner Befugnisse auf untergeordnete Befehlshaber oder gar auf Zivilbehörden aus. Vollends verfehlt sei die Annahme des Oberpräsidenten, es handele sich hier um die vollziehende Gewalt im Sinne des § 4. Die vollziehende Gewalt kann nach der Entscheidung des Reichsgerichts vom 14. Januar 1915 nur Anwendung finden zur Ausführung bestehender Gesetze. Sie besteht in der Befugnis, die zur Ausführung von Gesetzen nötigen Anordnungen zu erlassen. Ob die Anordnung nötig ist und in welcher Weise sie auszuführen ist, habe allein der Oberbefehlshaber zu entscheiden. Etwas anderes ist der Antrag oder die Anordnung an irgendeine Behörde, etwas Bestimmtes zu tun. Hierum handele es sich aber nicht. § 4 scheidet völlig aus, die vollziehende Gewalt komme bei Regelung von Versammlungen oder bei Vereinsrechten überhaupt nicht in Frage, sondern nur das Verordnungsrecht im Sinne des § 9b. Es handele sich nicht etwa um eine Anordnung des Oberbefehlshabers, die die Polizei natürlich auszuführen habe. Der Oberpräsident wachte für seine Anweisungen noch geltend, die Militärbehörden würden bei der Größe der ihnen unterstellten Bezirke mit einer solchen Fülle von Einzelentscheidungen belastet sein, daß sie tatsächlich dieser Aufgabe nicht gewachsen sein würden, wenn nicht die einzelne Polizeibehörde das selbständige Recht der Verfügung hätte. Demgegenüber führte Kläger aus: Dieser Hinweis sei ohne Bedeutung. Gerade die Einzelbarkeit für den ganzen Bezirk könne nur dadurch gewahrt werden, daß der Militärbehörden allein entscheide. Nirgend habe der Gesetzgeber daran gedacht, statt des Oberbefehlshabers eine Polizeibehörde zum Richter darüber zu machen, ob ein Verbot im Interesse des Staats und der öffentlichen Sicherheit zu erfolgen habe. Der Gesetzgeber habe mit Recht angenommen, der Militärbehörden werde der ihm persönlich obliegenden Aufgabe gerecht werden können. Selbstverständlich könne er hierzu eines Stabes von Beratern sich bedienen. Die Entscheidung habe er allein zu treffen, in seiner Anordnung sagt er auch ausdrücklich, nachdem die Nachsicherung der Genehmigung

für öffentliche Versammlungen angeordnet ist: „Im übrigen bleibt die bisher bestehenden gesetzlichen Bestimmungen maßgebend.“ Ich will mich nicht im Interesse des Staates und der öffentlichen Sicherheit im allgemeinen oder in einzelnen Fällen überörtliche Anordnungen erlasse.“ Tatsächlich habe ja auch der Oberbefehlshaber in einer Reihe von Fällen selbst entschieden. Von einer Erhöhung der Ruhe oder Sicherheit durch den verbotenen Vortrag — die der Oberpräsident befürchte — könne in Wirklichkeit nicht die Rede sein, es habe sich darum gehandelt, der unrichtigen Behauptung entgegenzutreten, der „Vorwärts“ sei wegen eines Artikels des Parteivorstandes unter polizeiliche Präventivzensur gesetzt. Hätte der Oberbefehlshaber das Gesuch ordnungsmäßig erhalten, so würde er sicherlich seine Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung erteilt haben.

Nach zweifelhäufiger Beratung verkündete das Gericht: Die Entscheidung wird ausgeföhrt und den Parteien schriftlich zugefleißt werden. (2)

Aus den Moabitern Urnuben.

Durch Vergleich ist eine gegen das Polizeipräsidium schwebende alte Streitfrage, die schon die verschiedensten Instanzen beschäftigt hat, aus der Welt geschafft.

Wie noch erinnert sein dürfte, ist am 27. September 1910 bei den damaligen Straßenunruhen in Moabit der schon bejahrte Arbeiter Hermann durch den Säbelhieb eines Schumanns getroffen und zu Tode gekommen. Da sich Hermann an den Urnuben nicht beteiligt hatte, strengte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld für die Witwe die Klage auf Schadenersatz gegen das Polizeipräsidium an. Nachdem das Landgericht die Klage dem Grunde nach für berechtigt erklärt hatte — es war Klage auf Zahlung von wöchentlich 30 M. erhoben worden — folgte auf weiteren Antrag des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld der Erlass einer einstweiligen Verfügung, wonach bis auf weiteres wöchentlich 10 M. gezahlt werden sollten. Während die Sache bei den Kammergerichten schwebte, erhob das Polizeipräsidium den Kompetenzkonflikt. Jetzt ist es zu einem Vergleich gekommen, wonach das Polizeipräsidium der Witwe Hermann 6000 Mark zahlt und die Kosten trägt.

Genossenschaftliches.

Die größte genossenschaftliche Molkerei der Welt.

Bei Barron, Wisl. (Nordamerika) besteht eine genossenschaftliche Molkerei, die in dieser Beziehung die größte der Welt sein dürfte. Die Butterproduktion betrug im vorigen Jahre 1 300 000 Pfund. In der gleichen Zeit wurden annähernd 4 000 000 Pfund Sahne erzeugt. An die liefernden Farmer wurden 334 000 Dollar bezahlt. Der Betrieb wird im Sommer sechs Tage und im Winter vier Tage in der Woche aufrecht erhalten.

Aus aller Welt.

Eine ungläubliche Arbeit haben sich ein Monteur und ein Hilfsmonteur aus Schweidnitz in der Chloralkalifabrik zu Kreiswald (Kr. Rönitz) zuzuschreiben kommen lassen. Die „Nyd. Zig.“ berichtet hierüber folgendes: In der Fabrik arbeitet auch der 15 Jahre alte Konrad Kosczyk aus Königsbrunn, ein braver, fleißiger Junge, der seinen Verdienst bis auf den letzten Pfennig jedes Sonnabend den Eltern brachte. Die beiden Monteure überredeten am Sonnabendnachmittag den Knaben zu einem „Spaß“. Die Innensachen führten ihm den Schlauch einer Sauerstoffflasche mit 110 Atmosphären Druck in den Leib und weideten sich an der Wirkung. Nach ehe der aufgeböhlte Körper auseinanderplatzte, war der Knabe eine Leiche. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ist erfolgt.

Salatbischwinbel. Geldstrafen von je 5000 M. eventuell fünf Monate Gefängnis hat das Schöffengericht Freiburg i. B. zwei dortigen Kaufleuten zudikt, weil sie sogen. Salatbischwinbel für 1,30 M. und später für 80 Pf. pro Liter veräußerten, während der wirkliche Wert sich kaum auf 20 Pf. pro Liter belief. Zugleich verfügte das Gericht die Beschlagnahme sämtlicher Vorräte, um einen weiteren Vertrieb dieses Salatbischwinbels unmöglich zu machen.

Die Explosion bei La Rochelle. Ueber die Katastrophe in La Rochelle bei La Rochelle, durch die fünf sehr bedeutende, für die französische Landesverteidigung arbeitende Pulverfabriken zerstört wurden, veröffentlicht der „Monat Nouvelliste“ jetzt folgende Einzelheiten: Die Explosion wurde im Umkreise von 30 Kilometern vernommen. Die Dächer der Fabriken und der benachbarten Wohnhäuser wurden abgedeckt, die Türen und Fenster losgerissen. Die Fensterscheiben fast aller Gebäude in der fünf Kilometer entfernten Stadt La Rochelle sind zerschmettert. Die Präfectur erlitt ernstes Schaden. Soldaten, die die Aufbaumaterialien vornahmen, zogen einen Haufen verletzter Leichname unter den Trümmern der eingestürzten Werkstätten hervor. Die Zahl der Toten ist außerordentlich groß. Hundert Tote wurden bis jetzt geborgen und 150 mehr oder weniger schwer Verletzte. Der angerichtete Sachschaden wird auf zehn Millionen Frank geschätzt. Eine Zahl der Einwohner von La Rochelle ist infolge der Zerstörung ihrer Häuser ohne Obdach.

Tödlicher Hfliegerunfall in Italien. Laut „Secolo“ sind auf dem Flugfelde von Kalpenje bei Vasto Arslino zwei Militärhflieger mit einem Doppeldecker tödlich abgestürzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Verfassenden bestimmten Briefage ist ein Bescheid und eine Post als Belegzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbescheinigung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Billige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Weselstr. 10. Der Altscheidende Ehegatte erbt die Wirtschaftgegenstände im Voraus und außerdem die Hälfte des Nachlasses, der andere Teil entfällt auf die Witwe und die Geschwister des Erblassers. — Art. 47. Wegen Jungeneiden dienstantwählig. — §. 6. 10. 1. Wenn in der angegebenen Zeit das Einkommen weiterbestand, so müssen auch für diese Zeit Steuern gezahlt werden. 2. Wenn in der Zeit nachweislich das Einkommen in Wegfall kam, kann ein Antrag auf Rückzahlung der Steuern eingereicht werden. 3. Bei der Gemeinde. 4. Wenn das Einkommen der Witwe unter 300 M. beträgt, so ist zur Steuerzahlung nicht verpflichtet. 5. Wenn im Testament die Witwe als alleinige Erbin eingesetzt ist und die Kinder erst als Nachbarn, so ist das Testament rechtskräftig. 6. Wenn die Kinder als Nachbarn eingesetzt sind, erhalten sie ihr Recht erst nach dem Tode der Witwe. 7. Der Pflichtteilanspruch verjährt in drei Jahren vom dem Zeitpunkt an, an dem der Verlassene von dem Erblasser Kenntnis erhielt. — §. 8. 100. Wenn er sich an die Kindererbschaftskommission, Berlin, Lindenstr. 3. — §. 23. 100. 1. Die erste Zahl besteht aus nicht auf eine Anzahl, die zweite bedeutet Verlust eines größeren Geldes. 2. Nachmilderung kann erfolgen. 3. Wenn. — W. W. W. W. W. Nach der Ansicht des Reichs wird die Entlassung in die Heimat erfolgen. — Art. 14. Wenn. — §. 6. 1926. Bestrafung kann erfolgen. In die Reichsliste des Magistrats, Stadthaus Klosterstraße, Nummer 29/30. — Art. 101. Sie müssen die Erbschaftssteuerzahlung beim Amtsgericht des Bezirks, in dem Sie wohnen, beantragen. In dem Urbezirk für die Kinder bedarf es der Zustimmung des Vormundschaftsgerichts.

# Preiswerte Angebote!

## Damen-Konfektion

<b>Weisse Blusen</b> in Volle und Batist mit neuen Einsätzen	6 <sup>75</sup> 5 <sup>75</sup> 3 <sup>75</sup>	<b>Weisse Blusen</b> mit handgestickten Einsätzen, neue Macharten	14 <sup>75</sup> 12 <sup>75</sup> 10 <sup>75</sup>	<b>Weisse Glockenröcke</b> in Washstoff u. Frotte, mod. Macharten	10 <sup>75</sup> 8 <sup>75</sup>
<b>Schleierstoffbluse</b> weiss, mit reichen Stickerei-Einsätzen, mod. Aermel	5 <sup>75</sup>	<b>Schleierstoffbluse</b> weiss, mit neuestem Stickerei-Jabott und Stickerei-Kragen	6 <sup>90</sup>	<b>Sport-Jacken</b> in hellem Popellin mit modernem Gürtel	23 <sup>75</sup> 17 <sup>75</sup>
<b>Schleierstoffbluse</b> handgestickt mit Filz-Einsätzen, mod. Aermel	8 <sup>75</sup>	<b>Schleierstoffbluse</b> handgestickt mit Filz-Einsätzen, mod. Aermel	8 <sup>75</sup>	<b>Seiden-Jacken</b> in Molre und Tafel, neue elegante Macharten	36 <sup>50</sup> 29 <sup>75</sup> 24 <sup>50</sup>
		<b>Imprägnierte Mäntel</b> in neuen Macharten und vielen Farben	39 <sup>50</sup> 32 <sup>50</sup>	<b>Gummi-Mäntel</b> in allen modernen Farben und Macharten	48 <sup>50</sup> 42 <sup>50</sup> 33 <sup>50</sup>

## Waschstoffe.

<b>Musseline-Imit.</b> in vielen Stellungen	hübsche neue Streifen- u. Blumenmuster, hell u. dunkel, Meter 1,45, 1,20, 95,	65 Pf.
<b>Borken- und Rinden-Krepp</b>	neue moderne Muster, Mtr. 1,35, 1,05	98 Pf.
<b>Schleierstoffe und Organdy</b>	bedruckt, aparte Blumenmuster, letzte Neuheit, Meter 2,75, 2,45, 1,95	145
<b>Wollmusseline</b>	hübsche neue Punkt-, Streifen- und Blumenmuster, in vielen Stellungen, Meter 2,05, 2,75, 2,50, 2,35,	195
<b>Schleierstoffe</b>	weiss bestickt, ca. 120 cm breit, Meter 5,50, 4,75,	350
<b>Volle-Volants</b>	reich bestickt, ca. 120 cm breit, in riesiger Auswahl, Meter 6,50, 5,50,	450
<b>Zephir für Blusen</b>	Kleider und Sporthemden, Meter 1,05, 80,	75 Pf.
<b>Rippleinen</b>	in weiss, mode und hellblau, 70-120 cm breit, Meter 3,50, 2,00,	180
<b>Kräuselstoffe</b>	in weiss und farbig, für Hübsche u. Kostüme, Mtr. 3,90, 2,50	225

**Deutsche Waschseide** Deutsches Erzeugnis reine Seide, gleichwertiger Ersatz für Japon, in modernen Farben, 50 cm br., Meter **1<sup>95</sup>**

Garnierte Damenhüte

Garten- und Balkon-Möbel, Markisen-Stoffe, Garten-Tischdecken in grosser Auswahl

Herren-, Knaben-Strohhüte

# S. JOSEPH & CO. NEUKÖLLN

Berliner Str. 51-55.

### Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen

Prüfen Sie wöchentlich einmal. Interessierende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

**Brauereien**  
**Adelung & Hoffmann**  
Akt.-Brauerei Potsdam  
Eig. Niederlag. Berlin SW. 47  
Kreuzbergstrasse 23, Brand-  
enburg a. H., Wilhelms-  
dorferstrasse 72.  
Spez. Potsdam-Stangen-  
bier Bürgerbräu.

**Fleisch- u. Wurstwaren**  
**Georg Habelow**  
Potsdamer  
Strasse 755.

**Gelogenheitskäufe**  
**Rud. Flatow**, Alt-Moab. 110.  
**Solange der Vorrat reicht**  
**Gerold**  
KASSE  
Bei gemeinsamem Bezug  
Preisermässigung  
Berlin, Lützowstr. 94.  
Verlangen Sie Preisliste.

**Weine, Fruchtsäfte, Liköre**  
**E. & M. Leydicke**  
Mansteinstr. 4  
Charlottenburg  
Mehlstr. 1, Kolonw.  
Wilmersd. Str. 60 61.

**Spandau**  
**A. Kieper**  
Friedrichstr. 25  
Damen-, Kinder-Konfektion

**Spandau**  
**Paul Gaeger** Mehl und  
Kolonialw.  
Breitestr. 67, Schönwalder-  
str. 1214, Fischeidorferstr. 12.  
**Haus- und Küchengeräte**  
**Hermann Finck**  
Eisenwar., Schönwalderstr. 87,  
Alfred Marolds, Breitestr. 33,  
Schirme, Leder-, Drechslerw.  
A. Markgraf, Brüderstr. 11 Eck,  
Jägerstr. 12, G. Passell, Stegl.  
Ad. Tornow Markt 10, gegr. 1889.

Schan-  
fenster **Carl Zobel** Schan-  
fenster  
**121 Köpenicker Str. 121**  
Eckhaus Michaelkirch-Strasse 9-10.

## Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß.

Alle Größen, auch für sehr korpulente wie überschlankte Herren, stets reiche Auswahl.

Sehr billige, aber feste Preise.

### Frühjahrs-Neuheiten

**Anzüge • Paletots • Ulster**  
in reichster Auswahl.

Werkstätten im Hause. — Ankleidezimmer in jeder Abteilung.

Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang.

**Gr. Stofflager für Maß-Anfertigung.**

Staatspreise. Goldene Medaille. Ehrenpreise.

## Solange Vorrat reicht

liefert die

### Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW 68, Lindenstrasse 3

**Beyer, C.**, Im Pharaonenlande (Ägypten). Reise-  
schilderungen aus Ägypten.  
Statt Gebd. M. 6.— für M. 1,50

**Lehmann, P.**, Länder- und Völkerkunde. 2 Bände,  
reich illustriert. Statt M. 18.— für M. 8.—

**Hesse-Wertegg**, Schantung und Deutsch-China. Mit  
145 Bildern, 27 Tafeln, 6 Beilagen und 3 Karten.  
Statt M. 18.— für M. 6.—

**Kirchner, J.**, Die Darstellung des ersten Menschen-  
paares in der bildenden Kunst, von der ältesten Zeit  
bis auf unsere Tage. Mit 105 in den Text gedruckten  
Abbildungen. Statt Gebd. M. 12,50 M. 6.—

**Kobelt, Dr. W.**, Die Verbreitung der Tierwelt. Mit  
12 Tafeln und vielen Textillustrationen.  
Statt Gebd. M. 20.— für M. 6.—

**Schulze, Prof. Dr. L. R.**, Die physikalischen  
Kräfte im Dienste der Gewerbe, der Kunst und der  
Wissenschaft. Mit 148 Holzschn., 15 großen Abbild.  
und 3 Hundruckerarten. Statt Gebd. M. 12.— M. 3,50

**Zimmermann, Dr. W. L. A.**, Pflanze, Tier und  
Mensch. Statt M. 10.— für M. 3,50

Die Zimmermannschen, von berühmten Fachleuten auf  
die Gegenwart weitergeleiteten populärwissenschaftlichen  
Werke erfreuen sich seit Jahrzehnten einer gleichmässigen  
Beliebtheit.

**Hawes, Ch. H.**, Im äussersten Osten. Von Korea  
über Vladivostok nach der Insel Sachalin.  
Statt Gebd. M. 8.— für M. 4.—

**Lewes, G. H.**, Goethes Leben und Werke. 2 Bde.  
Gebd. statt M. 6.— für M. 3.—

Die mit literarischen und kritischen Anmerkungen ver-  
sehene Ausgabe ist eine der besten Goethe-Biographien.

Außerdem empfehlen wir eine Anzahl guter Romane  
in Broschürenform zu je M. 0,50 und einen Posten älterer  
Reclam-Bändchen je 4 Stück für M. 0,50.

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
Sommer noch **Viehlswerder**,  
an der neuen **beim Alten Freund**.  
Geerstraße

### Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Prüfen Sie wöchentlich einmal. Interessierende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

**Bäcker- u. Konditoreien**  
**Bäckerei Nordstern**  
Inh. Gust. Müller  
Villen in Fiedr., Osten u. Copenag.  
P. Radloff Nkln., Allee-Str. 37  
Amerikanischer Korbwaren

**Kaffedorn**  
**Berta Pfeffer**  
Wiener  
Str. 17

**Fleisch- u. Wurstwar.**  
**Paul Müller**, Friesenstr. 22.  
K. Hegner Karligarten 16  
E. Fischer, u. Anstalt

**Solange der Vorrat reicht**  
**Gerold**  
KASSE  
Bei gemeinsamem Bezug  
Preisermässigung  
Berlin, Lützowstr. 94  
Verlangen Sie Preisliste

**Kolonialwaren, Delikat.**  
**A. Lehmann**  
Britz,  
Chausseest. 75

**Weine, Fruchtsäfte, Likör.**  
**E. & M. Leydicke**  
Mansteinstr. 4

**Uhren, Goldwaren**  
S. Fenske, Kottbus. Damm 96  
Stroem reell, anerkannt bill.

**Neukölln**  
**C. Dittmann**  
Berlinerstr. 43  
WHD — Geflügel — Fische.  
**Treptow**  
Felix Fischer- und  
Wurstwar.  
**Willi Körnbach**  
Grützstr. 19, 25  
Tel. Wuyf. 10042

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3

## Die Bestrebungen

für eine wirtschaftliche Annäherung  
Deutschlands und Oesterreich-Ungarns

Preis 1 Mark

Protokoll der Verhandlungen, die am 9. Januar 1916 zwischen  
der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages, dem  
sozialdemokratischen Parteivorstand und Parteiausschuss, der  
Generalkommission und den Vorständen der deutschen Gewerkschaften,  
einer Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine  
und einer Vertretung der sozialdemokratischen Partei  
Oesterreichs und der österreichischen Gewerkschaften in Berlin  
über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands  
und Oesterreich-Ungarns stattfanden.

Sport-Paletots von 42 bis 70 Mk.  
Jackett- und Rock-Anzüge  
von 28 bis 68 Mk.

## M. Schulmeister

Berlin SO, Dresdener Str. 4  
Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Jünglings-Anzüge von 18 bis 48 Mk.  
Knaben-Anzüge in Größe von Nr. 0 bis 12  
zu billigsten Preisen.  
Trotz steigender Teuerung der Stoffe  
halte ich die billigen Preise aufrecht.